

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt Köpen Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Inhalt:

120 Sozialdemokraten im neuen Reichstag! — Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung. III. (Schluß) — Das Schicksal der Rubelohnklasse in Lübeck nach einer sechs-jährigen Veratung. — Aus dem Danziger Rathaus. — Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindefarbeiter in Pantow. — Städtische Arbeiter, Gewerkschaftsorganisation und Stadtverwaltung in Hof i. B. — Unsere internationale Verbindung. — Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1910. I. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Totenliste des Verbandes.  
Reizleton: Ein aufgeschämter Despot?

## 110 Sozialdemokraten im neuen Reichstag!

Weit über die Erwartungen des ernst rechnenden Politikers hinaus ist nun der Sieg für die deutsche Sozialdemokratie ausgefallen. Die letzten Stichwahlen brachten trotz aller kompromißreichen Versuche der Nationalliberalen und des Zentrums und trotz der Warnungsepfeln vor der roten Hydra von Regierungsseite ein ganz entschiedenes Veto wider den schwarz-blauen Block. Die Furcht vor der roten Flut hat selbst weite Kreise des Bürgertums nicht zu umnebeln vermocht und neben der energischen, angespannten Agitationsarbeit der organisierten Arbeiterschaft und der wunderbaren Aneuerung durch Partei- und Gewerkschaftspresse war es die eigenartige politische Situation, die uns diesen berauschenden Wahlerfolg bescherte.

Dem 4<sup>1</sup>/2 Millionenheer, das wir am 12. Januar bei der Stimmabgabe musterten, ist nun eine achtunggebietende Vertretung die weitaus stärkste aller Parteien — gesichert, ein Faktum, das gewiß nicht überschätzt, aber auch seiner Bedeutung nach gewürdigt werden muß.

Freilich, die ungerechte Wahlkreiseinteilung beraubt uns noch immer um zirka 30 Sitze und auch die Liberalen beider Schattierungen verzeichnen zirka 20 Mandate zuwenig, während das Zentrum dieser famosen Wahlkreiseinteilung mindestens 25 Sitze zuviel verdankt, trotzdem es um volle 10 Mandate geschwächt zurückkehrt. Es wird also eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages sein, endlich energisch auf eine vernunftgemäße und gerechte Einteilung der Wahlkreise zu dringen, womöglich nach dem Proportionalwahlsystem, das auch den Minoritäten eine entsprechende Vertretung sichert. Im gleichen Zuge wird die frühere Legislaturperiode von drei (anstatt 5) Jahren zu fördern sein.

Eine Mehrheit für diese wie eine ganze Reihe anderer Forderungen, dem parlamentarischen System in Deutschland endlich zum Siege zu verhelfen, dürfte der neue Reichstag wohl besitzen. Es fragt sich nur, ob die vor der Wahl von sozialer Erkenntnistiefenden Basismänner soviel Mut haben, daß sie ihr eigenes Programm und ihre jüngsten Ansprüche, „es müsse nun endlich freihändig und sozial regiert werden“, auch in die Tat umzusetzen suchen. Wenngleich wir nach dieser Richtung hin nicht genug vor über angebrachtem Optimismus warnen möchten, bleibt es doch wahrscheinlich, daß man diesem Reichstag von 1912 schwerlich zumuten wird, was bislang als Regel galt: Apportieren von weiteren indirekten Steuern, Sanktionierung weiterer Liebesgaben an die Junker, Selbstverlummung anstatt Selbstbewußtsein.

Der kräftige Keulenschlag des deutschen Volkes hat zwar die Reaktion nicht völlig zu Boden gestreckt. Noch munkelt man von der erneuten Einbringung des gemeingefährlichen Strafgesetzentwurfs. Eine Heeresvorlage wird schon recht deutlich angekündigt und von fortschreitender und durchgreifender Sozialpolitik will die Regierung nichts wissen. Aber gemach! Die Bethmannsche „Regierung“ schwebt ja einweilen überhaupt in der Luft, und letzt man sich auch über das unzweideutige Volksvotum hinweg und bleibt als „Handlanger“ am auserkorenen Platze, ganz ohne Wandel geht es leit dieser vertrackten Mißtrauenskundgebung der 7<sup>1</sup>/2 Millionen (des Antiblocks) doch nicht ab. Wir können nicht dauernd „hinter China und Persien“ im Regierungssystem verharren und in England oder Frankreich, wie in allen parlamentarisch regierten Staaten hätte der Sturmwind des 12. Januar nicht bloß die blau-schwarze Majorität, sondern damit auch zugleich die verantwortlichen Minister dieser Mehrheit hinweggefegt.

Man hat auch bereits — namentlich von konservativer Seite vor den Stichwahlen — die baldige Auflösung des neuen Reichstages verheißen, dabei aber anscheinend vergessen, daß der zweite Keulenschlag (der nicht ausbleiben würde!) geradezu tödlich für das jetzige System wirken müßte. Der deutsche Michel ist im allgemeinen für politische Vorgänge schwer zu interessieren, nur die organisierte Arbeiterschaft macht eine rühmliche Ausnahme, dank der ungeheuren Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie. Hat er aber erst einmal Feuer gefangen, so vermag ihn auch der verwegene Reichsverbandschwindel nicht mehr zu schrecken, das haben die beiden letzten Stichwahlen bewiesen, während am ersten Stichwahltag infolge der Ueberrumpfung und der zu spät und zu zaghaft ausgegebenen Parole der Liberalen mindestens 16 Kreise von fortschrittlichen Wählern an die Reaktion ausgeliefert sind. Nur noch ein paar Wahlen weiter und dank der unfreiwilligen Hilfe des Reichsverbandes, der gleich so faulstüch schwindelte, daß nur Idioten das Zeug glauben konnten, ist die Furcht vor den Roten selbst auf dem Lande gebannt. Je öfter also die Reichstagswahlen, um so lieghafter die Oppositionsparteien. Das wissen schließlich auch die Männer der „gottgewollten Abhängigkeit“.

Eine andere Frage ist freilich, ob wir vom neuen Reichstag nun schon eine völlige Umkehr der bisherigen Volksbedrückungspolitik erwarten dürfen. Damit ist gewißlich nicht zu rechnen. Möglich daß das Parlaments- und Interpellationsrecht des Reichstags etwas vorwärts schreitet, eine unmittelbare Abkehr der Regierungspolitik ist bestimmt nicht zu erwarten. Wohl werden die roten Hundert-zehn alles daran setzen, der Stimme des deutschen Volkes Gehör zu verschaffen und bei handelspolitischen Vorlagen, Steuerdeckungen usw. kann vielleicht ein Umchwung zu unsern Gunsten erfolgen. Anders sieht es hingegen noch aus, soweit das Arbeiterrecht, völlig freies Koalitions- und Streikrecht, Arbeitslosenversicherung und andere gewerkschaftliche Fragen erster Ordnung im neuen Reichstag zur Verhandlung stehen. Da sind die Nationalliberalen wie auch ein Teil der Fortschrittler unsere allerschärfsten Gegner und die schwarz-blaue Mehrheit wird sich in schonster Harmonie fühlen mit den Bekenntnissen edler nationalliberaler Seelen. Die „christlichen“ Gewerkschaften erheben schon wieder ihr allzu verdächtiges Terrorismusgeschrei, da kann man getrotzt annehmen, die schwarze Schar wittert Morgenluft, und wenn am 5. Februar in Bayern was wir herzlichlich wünschen der schwarze Bann gebrochen wird, muß gewiß die „bellere Einsicht“ der Fachabteiler

maßgebend für die hölner Richtung werden. Keinerlei Paktieren mit den heimlich-roten freien Gewerkschaften, sondern — mit den (nationalliberalen) Unternehmern, worunter letztere natürlich erweiterte Ausbeutungsmöglichkeit vertreiben. Das muß auf der andern Seite den Abfall von den „Christlichen“ in stärkerem Maße zur Folge haben, und so können die freien Gewerkschaften in jedem Fall mit Befriedigung den Ausgang dieser Entwicklung abwarten.

Was die deutsche politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft vom Deutschen Reichstag erwartet, ist kein zukunftsstaatliches Gebilde, sondern sie wünscht sozialpolitische Reformen, Erleichterungen für die aufstrebenden Massen durch Umgestaltung der Zoll- und Steuerfragen im Sinne des sozialdemokratischen Programms. Wir wissen sehr genau: das Parlament bleibt in erster Linie ein Instrument der herrschenden Klassen, es kann uns aber auf dem unaufhaltamen Wege zur Sozialisierung der Gesellschaft ein Hebel sein, der unseren Bestrebungen erhebliche Beschleunigung und Verringerung des Kraftverbrauchs gewährt. Wir werfen bei den beginnenden parlamentarischen Kämpfen für weitgehende Volksrechte, für Ausgestaltung der Verfassung, kurz für alle Reformen eintreten, die auf dem Wege zu unserem Endziel liegen, ohne dieses Endziel — die Umgestaltung der privatkapitalistischen in sozialistische Produktion — aus dem Auge zu verlieren.

Das parlamentarische Ringen ist nur eins der Mittel, deren die Arbeiterklasse zu ihrem unablässigen Kampfe bedarf. Vorwiegend war dieser politisch-parlamentarische Kampf bislang abwehrend gegenüber den reaktionären Anschlägen von Regierung und bürgerlicher Mehrheit. Mit Unrecht hat man uns als negierende Partei hingestellt, weil wir uns den wahnwitzigen Verhöhnungen der Milliarden für Mordwerkzeuge und Militär ablehnend gegenüber verhalten. Die begehrten Mordspatzen haben ihren „Lohn“ bei der Wahl dahin und die kriegshetzerische Kolonialpolitik der Interessenten- und Regierungskreise verliert zusehends ihren Anhang im Volke. Ob und wie weit unsere starke Fraktion in der Lage sein wird, positiv durchzuführen an Geleiten und Reformen, was wir alle sehr wünschen hängt vor allem von dem weiteren Verhalten der bürgerlichen Opposition und der Regierung ab. Gewiß ist die politische Konstellation ungewöhnlich günstig. Wer aber weiß, wie schnell sich das ändern kann, wird seine Hoffnungen nicht zu hoch spannen.

Unumtritt sind wir die Arbeiterpartei. Mit größerem Recht denn irgendeine andere politische Gruppe können wir uns die Volkspartei nennen, der das Vertrauen eines starken Drittels aller Wähler gilt. Darüber hinaus sind wir nicht nur eine politische Partei, sondern wir verkörpern die Kulturidee einer neuen Zeit, die unweigerlich aufsteigt, gehobelt an die Felsen des Kapitalismus, und die sein Erbe sein wird!

Die freien Gewerkschaften werden — mutig gemacht und freudig gestimmt durch die prächtigen Erfolge auf politischer Basis — mit verstärktem Eifer arbeiten! Es gilt Pionierarbeit zu leisten, der staatlichen Sozialpolitik vorbildliche Wege zu weisen. Die Regierung könnte schon jetzt aus dem freien demokratischen Verwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der deutschen Gewerkschaften lernen, wieviel weniger bürokratisch die Staatsmaschine gestaltet werden kann. Sie wollte bislang nichts davon wissen und brütete vielmehr finstere Pläne zur Beichneidung und Verkümmern der gewerkschaftlichen Selbsthilfe. Sollte die Regierung nichts zugelehrt haben — was leider zu befürchten steht — werden wir mit energischer Abwehr nicht erlahmen und alles daran setzen, der Regierungswahlclappe eine solche auf diesem Gebiete zu bereiten. Die 2 1/2 Millionen freier Gewerkschaftler werden für ein freies Koalitionsrecht mit demselben Elan in den Kampf ziehen, den sie zur Niederbringung der schwarz-blauen Reaktion angewandt haben. . . .

Neben dem Dank, den Tausende, ja Zehntausende unserer Kameraden verdienen für ihre aufreibende Agitations- und Aufklärungsarbeit in diesen Zeiten politischer Gärung, mag noch eine dringliche Mahnung an dieser Stelle Platz finden, die ja nicht zum erstenmal erfolgt: Sorgen wir für Ausbau der Arbeiterorganisationen! Die neugewonnene Million deutscher Wähler gehört in die politische und gewerkschaftliche Organisation. Befolgen wir das beste Bollwerk gegen jedwede Reaktionsgeleite, seien wir nicht beraubt von unseren Erfolgen, sondern angepornt zu äußerster Tatkraft: zur intensiven Agitation für Organisation und Arbeiterpreise. Dann mögen die Arbeiterfeinde ihre Anschläge wider uns erneuern, mag die Aktion unserer Partei im Parlament nicht alles erreichen, was wir hoffen, es reifen unsere Früchte!

Der Aufruf der Arbeiterklasse ist: Ausbau ihrer Organisationen am besten gewährleistet.

## Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung.

III.

(Schluß)

Die Witwen- oder Witwenrente. Ein Hauptbestandteil der gesetzlichen Hinterbliebenenrente ist die Gewährung einer Rente an die Witwe oder den Witwer eines verstorbenen Versicherten, ohne daß die betreffende Person selbst versichert war. Diese Rente wird aber nur gewährt, wenn die Witwe zur Zeit des Todes des Versicherten invalide im Sinne des Gesetzes ist. Der Witwer erhält nur Rente, wenn die verstorbene Ehefrau infolge Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes der Ernährerin der Familie war. Die Höhe der Rente richtet sich nach der Höhe der Rente, die der Verstorbene bezog, oder auf die er Anspruch gehabt hätte, wenn er invalide geworden wäre. (Siehe die angeführten Beispiele.) Nach § 1292 beträgt die Rente drei Zehntel des Anteiles, den die Versicherungsanstalt zu gewähren hat. Hierbei muß aber beachtet werden, daß der Steigerungssatz bei der Hinterbliebenenversicherung nur für diejenigen Beitragswochen berechnet wird, die nach dem 31. Dezember 1911 nachgewiesen werden (Artikel 69 des Einführungsgesetzes). Bisher würde nun die Rente der invaliden Witwen des A, B und C jährlich betragen, wenn wir die Beispiele aus Nr. 4 der „Gewerkschaft“ zugrunde legen und annehmen, A, B und C hierbei in der ersten Woche des Januars 1912, so daß ein Steigerungssatz nicht in Betracht kommt? Die Rente beträgt bei A: drei Zehntel von 70,10 RM, gleich 21,12 RM, und 50 RM, Reichsaufschlag gleich 71,12 RM, bei B drei Zehntel von 81,18 gleich 24,15 RM, und 50 RM, gleich 74,15 RM, bei C drei Zehntel von 100 gleich 30 RM, und 50 RM, gleich 80 RM.

Die Witwenrente wird nur bis zur Wiederbeschäftigung gewährt. Die Witwenrente (§ 1292) beträgt für eine Witwe drei Zwanzigtel und für jede weitere Witwe ein Zwanzigtel des Grundbetrages und Steigerungssatzes, wobei aber das vorher Gesagte, den Steigerungssatz betreffend, berücksichtigt werden muß. Nach unserem Beispiel A beträgt die Witwenrente für eine Witwe drei Zwanzigtel von 70,10 RM, gleich 10,56 RM, und 25 RM, Reichsaufschlag gleich 35,56 RM; für jede weitere Witwe ein Zwanzigtel von 70,10 RM, gleich 1,75 RM, und 25 RM, gleich 26,75 RM. Die Hinterbliebenenrenten dürfen nach § 1291 zusammen nicht mehr betragen, als das anderthalbfache der Witwenrente, die der Verstorbene zur Zeit seines Todes bezog oder im Falle der Invalidität bezogen hätte.

Das Witwengeld wird gewährt, wenn die Witwe selbst versichert ist und zur Zeit des Todes des verstorbenen Ehemannes die Voraussetzungen für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat (§ 1292); dasselbe wird nicht laufend, sondern nur einmal gewährt und beträgt nach § 1296 den 12fachen Monatsbetrag der Witwenrente.

Die Witwenaussteuer wird unter denselben Voraussetzungen wie das Witwengeld bei Vollendung des 15. Lebensjahres gewährt (§ 1264) und beträgt den 8fachen Monatsbetrag der bezogenen Witwenrente (§ 1296).

Die Altersrente erhält der Versicherte vom vollendeten 70. Lebensjahre ab unter den im vorhergehenden Abschnitt „Wartzeit“ bezeichneten Voraussetzungen. Dieselbe beträgt:

in Lohnklasse	Anteil der Versicherungsanstalt	Reichsaufschlag	aufkommen
I	60 RM.	50 RM.	110 RM.
II	90 "	50 "	140 "
III	120 "	50 "	170 "
IV	150 "	50 "	200 "
V	180 "	50 "	230 "

Werden mehr als 1200 Beitragswochen nachgewiesen, so fallen die Beiträge der niedrigeren Lohnklasse aus. Sind Beiträge verschiedener Lohnklassen geleistet, so wird die Zahl der geleisteten Beiträge, je nach der Lohnklasse, mit 60, 90, 120, 150 und 180 multipliziert und nach Addition der einzelnen Ergebnisse durch die Zahl 1200 geteilt. Der so ermittelte Durchschnittsbetrag gilt als Anteil, den die Versicherungsanstalt in solchen Fällen zu leisten hat (§ 1293).

Das Neben der Rente (§ 1311). Die Rente rüßt bei Wegfall einer Unfallrente, soweit beide aufkommen bei Invaliden- und Altersrenten den 72fachen Grundbetrag der Invalidenrente, bei Witwen- und Witwenrenten den 32fachen, bei Witwenrenten den 8fachen Grundbetrag der Invalidenrente, die der Ernährerin zur Zeit seines Todes bezog oder bei Invalidität bezogen hätte, nicht übersteigen. Bei Verhütung einer Invaliditätsrente von mehr als einem Monat, bei Unterbringung in einem Arbeitshaus oder eines

Reformationsanstalt ruht die Rente ebenfalls. In einem solchen Falle wird, wenn der Versicherte ganz oder überwiegend der Ernährer seiner Angehörigen war, diesen die Invaliden- oder Altersrente überwiesen (§ 1312). Auch bei freiwilligem Aufenthalt im Auslande ruht die Rente, sowie wenn der berechnete Ausländer wegen Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Reichsgebiet ausgewiesen ist. Dasselbe gilt, wenn der berechnete Ausländer aus gleichem Anlaß aus einem Bundesstaat ausgewiesen ist, solange er sich nicht in einem anderen Bundesstaate aufhält (§ 1313).

Eine Abfindung in der Höhe des fachen Jahresbetrages der Jahresrente oder des 1/2fachen Betrages, wenn es sich um eine Waisenrente handelt, erhält der berechnete Ausländer, wenn er ausgewiesen ist.

Der Entzug der Invaliden- oder Witwenrente (§ 1304) erfolgt, wenn in den Verhältnissen des Empfängers eine so wesentliche Änderung eingetreten ist, daß er nicht mehr invalide im Sinne des Gesetzes ist. Witwen- und Waisenrenten werden entzogen, wenn die Bedürftigkeit wegfällt (§ 1307).

Anträge auf Gewährung einer Rente müssen beim Versicherungsamt gestellt werden. Als Beweisstücke müssen in allen Fällen die Leittungskarte, bei Invaliden- oder Witwenrenten eine ärztliche Bescheinigung über das Vorhandensein von Invalidität, bei Alters- und Waisenrenten die Geburtsurkunden, bei Witwenrenten die Heiratsurkunde, bei Witwengeld und Waisengeld die Leittungskarte der Witwe vorgelegt werden. Das Versicherungsamt bereitet die Anträge vor und erörtert die Sache in mündlicher Verhandlung unter Zuziehung eines Arbeitgebers und eines Arbeitnehmers und gibt dann die Sache an die Versicherungsanstalt weiter. Gegen den schriftlichen Bescheid der Versicherungsanstalt kann innerhalb eines Monats Berufung bei dem Landesversicherungsamt eingelegt werden. Als weiteres Rechtsmittel ist noch in einigen Fällen die Revision beim Reichsversicherungsamt zulässig.

Das Heilverfahren (§ 1269) kann die Versicherungsanstalt zum Zwecke der Abwendung einer drohenden Invalidität anleiten. Bei Übernahme des Heilverfahrens durch die Versicherungsanstalt genähert diese den Angehörigen eine wöchentliche Unterstützung, wenn der Erkrankte der Ernährer der betr. Angehörigen ist. Das Heilverfahren kann auch nach Eintritt der Invalidität (§ 1305) zum Zwecke der Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit eingeleitet werden. Leider kann keine Versicherungsanstalt zur Übernahme des Heilverfahrens gezwungen werden, weil der Versicherte keinen Rechtsanspruch darauf hat. Und doch sollte die Verhütung der Invalidität bei den Versicherten die wichtigste Aufgabe der „Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“ sein.

### Das Schicksal der Ruhelohnkasse in Lübeck nach einer sechsjährigen Beratung.

Im Januar 1906 richtete die Bürgerchaft ein Ersuchen an den Senat, die Errichtung einer Pensionskasse für die Arbeiter und nicht pensionsberechtigten Diätare des Staates und der Stadtgemeinde in Erwägung zu ziehen. Nach jahrelanger Erwägung hat dem auch der Senat eine für die Arbeiterchaft vollständig wertlose Vorlage gebracht. Die Vorlage war nicht nur wertlos, sondern wäre, wenn sie Gesetz geworden, ein Raubzug auf das künftige Einkommen der Arbeiterchaft geworden. Der Bürgerchaft, wie auch die vom Bürgerausschuß eingesetzte Kommission zur Prüfung dieser Vorlage, war sich von vornherein bewußt, daß diese Vorlage nicht Gesetz werden dürfte, wenn das Ansehen von Lübeck nicht vollständig untergraben werden sollte. Diese Kommission hat gleich dem Senat jahrelang gearbeitet, ehe die Welt etwas von dieser Tätigkeit erfuhr.

Die Zusammensetzung der Kommission war aber dergestalt, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die Kommission hat nun ein Mehrheits- und ein Minderheitsgutachten abgegeben; beide Gutachten gehen aber dahin, daß die Senatsvorlage kein Gesetz werden darf. Beide Gutachten empfehlen einstimmig die Errichtung einer Ruhelohnversicherung der nicht pensionsberechtigten Angestellten und Arbeiter des Staates und der Stadt Lübeck, sowie die Angliederung einer Hinterbliebenenversicherung an diese Kasse, weil diejenige auf Grund der Reichsversicherungsordnung als nicht ausreichend anerkannt werden kann. Die Mehrheitspartei, bestehend aus den Herren Kelling, Hinkeldehn und Reimpel, beantragen, der Bürgerausschuß wolle die Senatsvorlage ablehnen, jedoch an den Senat das Ersuchen richten, der Bürgerchaft eine neue Vorlage auf Grundlage der Beschlüsse der Kommission entgegenzubringen, mit der Maßgabe, daß die jährlichen Beiträge, soweit sie vom

Staate zu tragen sind, die Summe von 50 000 M. nicht übersteigen dürfen.

Die Minderheit der Kommission, bestehend aus den Herren Colemann und Peter Pate, beantragen, der Bürgerausschuß wolle den Senatsentwurf ablehnen und den Senat ersuchen, der Bürgerchaft eine neue Vorlage auf der Grundlage der Pensionsgewährung, und zwar nach Maßgabe des diesem Bericht als Anlage beigefügten Gesetzentwurfs, entgegenzubringen.

Die von der Mehrheitspartei gestellten Anträge gehen dahin, das Prinzip der Senatsvorlage hochzuhalten. Der Ruhelohnkasse soll eine Hinterbliebenenversicherung angegliedert werden, die Beiträge zurückerstattet werden, wenn der Versicherte vor Ablauf der Karenzzeit von 50 Wochen aus der Beschäftigung ausscheidet, und endlich das Recht der freiwilligen Weiterversicherung schon nach 50 statt 100 Beitragswochen erwerben werden soll.

Wir wollen nicht verkennen, daß die Mehrheitspartei der Kommission in ihrem Entwurf bedeutende Verbesserungen der vollständig unbrauchbaren Senatsvorlage bringt, andererseits aber die schwere Belastung des Beitragszahlens seitens der Arbeiterchaft beibehalten will. Die Rückerstattung der Beiträge soll bis zu einem Jahre gesichert werden. Werden mehr Beiträge als 52 geleistet, kann und darf hiernach keine Rückerstattung stattfinden. Hiergegen wird sich die Arbeiterchaft mit allen Mitteln wehren, denn es liegt kein Grund vor, wenn mehr als 52 Wochen gezahlt sind, diese ganzen Beiträge dann der Kasse zu überlassen. Bei der Höhe der im Entwurf vorgesehenen Beiträge, die seitens der Arbeiter geleistet werden sollen, wird kein einziger Arbeiter jemals daran denken, die zulebende Weiterversicherung zu benutzen. Auch ist in diesem Entwurf ein Rechtsanspruch für die Arbeiter nicht vorgesehen, trotz des hohen Beitrags von 30 Pf. pro Woche.

Die Minderheit der Kommission kann sich den Bedenken gegen die Form der Ruhestandsversorgung, wie sie in der Senatsvorlage zum Ausdruck kommt, nicht anschließen. Sie ist derselben Meinung wie wir, daß von dem Recht der freiwilligen Weiterversicherung im Hinblick auf den hohen Beitrag nur sehr wenig Gebrauch gemacht werden kann. Sie beantragen auf Grund dessen, den Fürsorgeberechtigten nicht nur eine Anwartschaft, sondern einen Rechtsanspruch auf die Versorgung zu gewähren. Die Höhe des Ruhelohns, sowie des Witwen- und Waisengeldes soll nach dem Jahresverdienst und der Dauer der Beschäftigung bemessen und die Höhe des Ruhelohnes im Höchstbetrage auf den siebeneinhalbfachen Betrag des Grundbetrages der Reichsinvalidenrente festgesetzt werden. Diese Art der Ruhelohngewährung jesticht allerdings die freiwillige Weiterversicherung oder jeden Rechtsanspruch an die Kasse nach dem Austritt aus einer staatlichen oder städtischen Beschäftigung aus.

Zu dem Entwurf der Minderheit müssen wir bemerken, daß in demselben ziemlich der Wille der Arbeiterchaft ausgedrückt ist. Wenn wir uns durchaus noch nicht mit allen Teilen einverstanden erklären werden und können, so ist wohl der Hebelstand besonders darin zu suchen, daß aus der wohl aus dem 17. Jahrhundert stammenden Vorlage des Senats nichts anderes zu machen war. (Die Senatsvorlage haben wir in der „Gewerkschaft“ Nr. 8 von 1910 unseren Kollegen zur Kenntnis gegeben.) Nachdem nun der Senat schon einmal ein solches Monstrum von Vorlage hat ausarbeiten lassen, ist auch nach diesem Ersuchen nicht zu erwarten, daß für die Staats- und städtischen Arbeiter eine brauchbare Vorlage erscheinen wird. Genau wie bei allen sozialen Einrichtungen wird auch die Ruhelohnkasse abermals unbrauchbar das Licht der Welt erblicken.

Die Arbeiter werden sich wehren und werden hieraus lernen, wie sie seitens des Staates behandelt werden.

### Aus dem Danziger Rathaus.

Das sattsam bekannte Märchen von der Fürsorge der kaiserlichen Verwaltungen für die städtischen Arbeiter feierte kurz vor Weihnachten im Rathaus zu Danzig die 1001. Vorstellung. Die Tribünen waren gut besetzt. Auf der Bühne — ach nein, im Stadtverordneten-Sitzungsraum, erschienen all die Herren als Vertreter des Gläubens, des Bodens und der Börse, um eine Vorlage des Magistrats, den städtischen Arbeitern Familienzulagen während, zu beraten. Im ganzen Saale bilden sich Gruppen, die im großen Eifer die gefährdete Situation besprechen. Die einen möchten der Vorlage recht gern ein stilles Begräbnis in geheimer Sitzung geben, andere glauben hierbei ihre Wahlversprechen zu verbessern, wenn sie die Vorlage des Magistrats glatt annehmen. Eine dritte Gruppe beansprucht unsere besondere Aufmerksamkeit durch

stilles „Vorsichthinbrüten“. Es sind die berufenen Vertreter der Arbeiter Dirich-Dunderjäger und zentrumschriftlicher Coaleur, die hier still in sich versunken der Daten harren, die ihrer erwarten. Abren bietet sich heute die Möglichkeit, das zum Teil verlorene Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen. Jeder Zuhörer glaubt an ihrer ruhigen Haltung den guten Feldherrn entdeckt zu haben, der nur auf das Zeichen des Präsidenten wartet, um seine vielen, aber schwerfälligen Gegner zum Kampf herauszufordern und sie spielend niederzuringen.

Doch die Zuhörer wurden arg enttäuscht. Einer nach dem anderen ergreifen die Gegner dieser unzulänglichen Vorlage das Wort, weil sie ihnen zu weitgehend ist und versuchen mit recht schlechten Argumenten die Vorlage noch zu verschlechtern und am liebsten gleich ganz zu begraben. Endlich versucht der Erwählte der Zentrumsvereine die Sache zu vertreten. Aber es bleibt bei dem Versuch. Fragenwelsche überzeugende Argumente führt er nicht an. Seine „Rede“ ist so kurz und so gequält, daß jeder Mensch die Zwietracht in der Seele dieses Vertreters merkt, der da am liebsten seinen Fraktionskollegen keine Namenge machen und gegen die Vorlage stimmen und sprechen möchte und als Auswähler der Arbeiter für reden muß. Schade, wirklich erwählter der Arbeiter nicht zugegen sein konnten. Sie schäde, daß die städtischen Arbeiter nicht zugegen sein konnten. Sie hätten sich alle dafür entschieden, diesen Herrn das nächste Mal wieder — nicht zu wählen. Nun traten auch die „Girische“ in die Arena, und weil der eine Herr den Mut besaß, einige Worte für die Vorlage zu verlieren, so erregte dies in der Versammlung dieser hohen Herren ein starkes Mißfallen, das sich durch private Unterhaltung an diesem ungeratenen Sohn rächte. Ein zweiter Arbeitervertreter vom Freisinn machte bei dieser Gelegenheit den Namen für private Versicherungsgesellschaften. Sonnenklar ging aus dieser Verhandlung der Arbeiterfürsorge hervor, daß in diesem Parlament die Arbeiter nie zu ihrem Recht kommen werden. Es ist eine sträfliche Illusion, anzunehmen, daß die Herren ihre Versprechungen wahr machen und ohne sozialdemokratische Vertreter sich erst recht der Arbeiter annehmen würden.

Diese Versprechungen sind in Danzig wie anderswo vollständig als unzutreffend erwiesen worden. In keiner gleich so großen Stadt des Deutschen Reiches sind so rückständige Lohn- und Arbeitsbedingungen wie in Danzig. Und in dieser Stadt herrscht die schwarz-blau-goldene Triade unumschränkt. Die Bürgerschaft Danzigs hat bisher kein Verständnis für sozialpolitische Fragen gezeigt. Allerlei Sportfeste der goldenen Jugend haben stets ein offenes Ohr und ein großes volles Portemonnaie gefunden. Nur für die Arbeiter, die in den städtischen Werken der Stadtklasse ansehnliche Heberschiffe erarbeiten, hat man kein Geld. Sollten hier einmal ein paar Pfennige bewilligt werden, dann fängt ein großes Geldrei an. Ganz ablehnen kann man die Wünsche der Arbeiter nicht, und so einigt man sich schnell auf eine Kommissionsberatung der Arbeiterfragen. In diesen Dunkelkammern werden die Anträge lange malträtiert und sterben in den meisten Fällen unter den Händen der Operateure. Gelingt mal einem Antrage, alle diese Prozeduren durchzumachen und vor das Forum der Stadtverordneten zurückzukommen, dann ist er schon so verstümmelt, daß kein Mensch eine Freude daran haben kann.

Daß in den Kassen der Stadt Danzig wenig Geld vorhanden ist, ist zum Teil richtig. Doch könnte so manche Ausgabe unterbleiben, ohne daß einem Menschen ein Schaden geschähe. Die städtischen Werke selbst bringen der Stadt aber steigende Einnahmen, wie nachstehende Tabelle beweist:

Werke	1912				1912 gegen 1911	
	Einnahme M.	Ausgabe M.	Ueberschuß M.	Zufschuß M.	ähnlicher M.	unähnlicher M.
Strassenreinigung	36190	325800	—	289610	12402	—
Gasaufstellen	2867750	1739340	628410	—	186410	—
Wasserverwaltung	760500	441540	318960	—	—	5043
Stanalverwaltung	367670	341569	26110	—	19613	—
Gelb- u. Rotewerk	1031600	807600	227000	—	73500	—
Salz- u. Viehhof	448070	362350	85720	—	2240	—
Markthalle	101000	49700	55200	—	2800	—
<b>Summa</b>	<b>5119580</b>	<b>4067890</b>	<b>1311400</b>	<b>289610</b>	<b>226965</b>	<b>5043</b>

Wenn Abzug des für die Wasserverwaltung unähnlicher ausgefallenen Geldbetrages von M. 5043 haben die Werke im Jahre 1911 um M. 221922 ähnlicher gewirtschaftet.

Angewandtes dessen ist das Gejammer der exzessiven Stadtbäuer und ihrer Nachfolger nicht ernst zu nehmen. Es ist dringend notwendig, daß die Stadtverwaltung sich der Anträge der städtischen

Arbeiter etwas ernster annimmt wie bisher. Die vor Weihnachten erfolgte Lohnaufbesserung von 1 und 2 Pf., wobei die Handwerker und einige Arbeiter ganz leer ausgingen, kann als eine endgültige Lohnaufbesserung nicht betrachtet werden. Die Familienzulagen können nur als Nothbehelf betrachtet werden und eine wirkliche Lohnaufbesserung muß erfolgen. Wenn die städtischen Werke gut prosperieren, dann haben nicht zuletzt die städtischen Arbeiter dazu beigetragen, darum muß auch ihre Lage unbedingt aufgebessert werden.

### Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindegewerkschaft in Pankow.

Vor zwei Jahren, bei der allgemeinen Regelung der Lohnverhältnisse aller Kategorien, wurden auch die Löhne der Gemeindegewerkschaft erhöht. Die Stundenlöhne betragen für Arbeiter der Straßenreinigung 42 Pf., in der Gärtnerei 40-57 1/2 Pf., in der Kanalisationsverwaltung 42-68 Pf., Wasserwerksverwaltung 40 bis 45 Pf., usw. Scheinbar zufrieden mit diesen Verhältnissen, kam niemals eine Klage der Arbeiter an die Öffentlichkeit. Als im Herbst die Teuerung auch unsere Gemeindegewerkschaft mit ganzer Wucht traf, versuchten einige Gemeindegewerkschaften, Teuerungszulagen zu erwirken, jedoch mit negativem Erfolg. Ohne jede Kenntnis der sehr kompliziert liegenden Arbeitsverhältnisse, konnten auch die Arbeitervertreter nicht wirkungsvoll eingreifen, mußten sich im Gegenteil sagen lassen: „Unsere Arbeiter sind sehr zufrieden, sie haben sicher nicht die sozialdemokratischen Vertreter aufgefordert, irgendwelche Forderungen zu stellen.“ Wie „zufrieden“ die Gemeindegewerkschaft mit ihren Verhältnissen waren, zeigte dann plötzlich mit bengalischer Beleuchtung eine von Gemeindegewerkschaften einberufene Versammlung, die sehr gut besucht war. Hier kamen Verhältnisse zur Sprache, die ein gegenseitiges Kennenlernen und Aussprechen miteinander geradezu zur Notwendigkeit machten. Gleich am ersten Abend schloß sich die Mehrheit der Versammelten dem Gemeindegewerkschaftenverband an. Die Aussprache ergab wertvolle Winke für die fernere Regelung der Löhne. Zur Orientierung skizzieren wir kurz die bestehenden Verhältnisse. In der Gärtnereiverwaltung besteht im Sommer, wie bei allen anderen Verwaltungen ebenfalls, die 10stündige Arbeitszeit. Im Winter wird 9 Stunden, auch weniger, gearbeitet, je nach der Witterung. Bei anhaltender Kälte oder auch schwerem Regen konnte es passieren, daß gar nicht gearbeitet wurde und weil, mit ganz geringen Ausnahmen, Stundenlöhne erüfferten, war der Verdienst am Wochenlohn sehr gering. In der Wasserwerksverwaltung wird sogar nur 8 1/2 Stunden gearbeitet, eine geradezu ideale Arbeitszeit, wenn entsprechender Lohn bezahlt würde. Unter diesen Verhältnissen ist es verständlich, daß Löhne unter 20 M. wöchentlich herausstamen, ja daß sogar ein Fall konstatiert werden konnte, daß ein Arbeiter mit 91 Pf. Verdienst nach Hause gehen mußte. Diese und andere Dinge kamen zur Sprache, und zeigte sich endlich mit absoluter Notwendigkeit, daß diese Unsicherheit der Verhältnisse beseitigt werden konnte, wenn Wochenlöhne eingeführt würden.

Neben dieser Hauptfrage spielten die Arbeitszeit, der Urlaub, die Hebersstunden, die hygienischen Verhältnisse usw. ebenfalls eine Rolle.

Inzwischen hatten auch die Vorbereitungen zum neuen Etat in der Gemeinde begonnen, die eine neue Regelung der Arbeiterlöhne bringen sollten. Eine Spezialkommission beschäftigte sich mit diesen Dingen und empfahl schließlich nach langer Beratung der Gemeindegewerkschaft folgende Grundlagen:

1. Angelernte Arbeiter der Straßenreinigung, Kanalreinigung, Straßenbau, Garten- und Friedhofsverwaltung: Lohn: 25-30 M., Steigerung: alle 2 Jahre 1 M.
  2. Gärtnerei, Handwerker, Mohrleger und sonstige gelernte Arbeiter, sowie Hilfsarbeiter: Lohn: 27-33 M., Steigerung: jährlich 1 M. Vorarbeiter erhalten außerdem eine Zulage von 1,50 M. pro Woche.
  3. Schachtmeister, Kolonnenführer: Lohn: 35-40 M., Steigerung: alle 2 Jahre 1 M.
  4. Vermessungsgehilfen: Lohn: 20-26 M., Steigerung: jährlich 1 M.
  5. Wärschen der Straßenreinigung: Lohn: 12-18 M., Steigerung: jährlich 1,50 M.
- Frauen bei der Park- und Friedhofsverwaltung erhalten pro Tag 2,50 M.
- Alle Wochenlöhne mit Feiertagsbezahlung.
- Diese Vorschläge wurden von der Gemeindegewerkschaft angenommen. Ferner werden Hebersstunden mit 25 Proz. Aufschlag

gleich bei Beginn bezahlt, im Gegensatz zu bisher, wo erst nach 10 Uhr der Aufschlag berechnet wurde.

Die Urlaubsfrage wurde nach folgenden Grundsätzen geregelt: Ständige Arbeiter, die mehr als 1 Jahr bei der Gemeinde beschäftigt sind, erhalten 3 Arbeitstage, die mehr als 2 Jahre, 6 Arbeitstage, dann 10 Tage und 14 Tage Urlaub. Arbeiter, die in verschiedenen Gemeindebetrieben arbeiten, nehmen ebenfalls hieran teil. Der Antrag, die 10stündige Arbeitszeit, inklusive einer Vor- und Nachmittagspause von je 20 Minuten einzuführen, wurde abgelehnt.

Neben mir das Fazit der neuen Errungenschaften, so ist unabweisbar eine erhebliche Vesserstellung unserer Gemeindegewerkschaft zu verzeichnen.

Unzweifelhaft hat der Zusammenschluß der Arbeiter im Verband zu diesem Erfolge beigetragen, da nur durch die gegenseitige Ansprache all die Mängel ans Licht kamen, die jetzt zum Teil beseitigt sind. Sollen also auch in Zukunft gute Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt werden, ist es notwendig, auch dem heute noch fernstehenden Arbeiter den Solidaritätsgedanken beizubringen, daß nur durch vereintes Wirken ein Werk gedeihen kann.

## Städtische Arbeiter, Gewerkschaftsorganisation und Stadtverwaltung in Hof i. B.

(Ein Kapitel aus den Sitzungen des Hofser Gemeindefollegiums.)

In welcher Weise die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter- schaft von den Vertretern des honesten Bürgertums „vertreten“ werden, wie aber auch die Interessen der städtischen Arbeiter durch falsche Freunde erheblich gekümmert worden sind, das beweisen besonders klar die Debatten über die Anträge betreffs Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter im Hofser Gemeindefollegium.

Unser, nach Überwindung von großen Schwierigkeiten (Maßregelung von 3 Mitgliedern u. a.), jetzt auf 37 Mitglieder gebrachter Verband hatte bereits 1909 einen Antrag an die Stadtverwaltung gerichtet, in dem eine Erhöhung der damals höchstens 18 Mk. betragenden Wochenlöhne verlangt wurde. Der Antrag wurde angenommen und 3 Pf. Lohnzulage bewilligt, so daß der höchste Tageslohn bei 10stündiger Arbeitszeit 3,30 Mk. betrug. Die im Sommer des vergangenen Jahres einsetzende Teuerung der Lebensmittel gehaltete die Lebenshaltung der Arbeiter im allgemeinen schlecht, besonders aber die der städtischen Arbeiter, deren durchschnittliche Arbeitszeit täglich nur 8 Stunden beträgt (im Winter oft nur 3 bis 5 Stunden!) und deren Tageslohn hiernach oftmals 8 mal 33 Pf. gleich 2,64 Mk. betrug! Deswegen stellte unsere Filiale am 2. Oktober 1911 erneut den Antrag, den sämtlichen städtischen Arbeitern der Teuerung wegen ab 1. Oktober 1911 eine Lohnzulage von 30 Pf. pro Tag zu gewähren, und in der Kommissionsberatung über diesen Punkt erweiterten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter den wohlbegründeten Antrag dahin:

1. auch die in die Woche fallenden Feiertage zu bezahlen; 2. denjenigen städtischen Arbeitern, die in der Gemeindefrankekasse sind und daher die ersten 3 Krankheitstage nichts, die nächsten Tage a 1 Mk., für die ganze erste Woche also eventuell zur Erhaltung der Familie den Schandbetrag von ganzen 3 Mk. erhalten, daß diesen städtischen Arbeitern für die ersten 3 Tage der Lohn weiter gezahlt werden solle; 3. daß Arbeitsversäumnisse bis zu einem Tage, sofern sie nicht durch den Arbeiter persönlich verschuldet sind, sondern durch Geburten, Todesfälle, Kontrollversammlungen usw. verursacht werden, nicht vom Lohn abgezogen werden dürfen.

Außer diesen Anträgen unseres Verbandes und der sozialdemokratischen Vertreter lag auch noch ein Antrag des Direktors vom Gaswerk vor, den Gaswerkarbeitern ab 1. Oktober 1911, zunächst bis 1. Juli 1912, eine Teuerungszulage von 20 Pf. pro Tag zu gewähren.

Diesem letzteren Antrage, in Verbindung mit dem von unserer Seite gestellten Antrag auf 30 Pf. Teuerungszulage, wäre entsprochen worden, wenn — wenn nicht der „Verein der städtischen Arbeiter“ gewesen wäre. Dieser Verein ist eine vor den Gemeindevätern zum Zwecke des Stimmensanges für die „Liberalen“ gemachte Konkurrenzgründung gegen unseren Verband. Die Drahtzieher waren Hauptlinge, allerdings solche 4. Garnitur, der liberalen Partei. Als Beitrag erhielt dieser Verein pro Monat 20 Reichspfennige. Zu seiner Gründung holte er nachträglich noch obendrein die Genehmigung des Stadtmaaistrats ein, die ihm auch heldvoll gewährt wurde. Sein Charakter ist hiernach klar.

Dieser „Verein der städtischen Arbeiter“ hätte nun in einer wie uns von einem Mitgliede des Vereins zuverlässig mitgeteilt

wurde von 16 Personen besuchten Versammlung angeblich nach beim Stadtbauamt eingeholter Auskunft, beschlossen, auch eine Eingabe an die Stadtverwaltung zu machen und fast genau die Forderungen zu erheben, die von unserem Verband gestellt waren, mit dem einen, aber großen Unterschiede, daß sie die Lohnzulage erst ab 1. Januar 1912 verlangten! Kein Wunder, daß die vorbereitende Kommission sich darauf stützen konnte und mit dem Hinweis, daß einmal „keine Mittel mehr verfügbar seien“, zum anderen aber der „Verein der städtischen Arbeiter“ — „unserer“ Arbeiter, wie so schon von einem Magistratsmitgliede gesagt wurde —, der angeblich oder tatsächlich 63 Mitglieder zähle, ja selbst die Zulage erst ab 1. Januar 1912 verlange, die Gewährung der Lohnerhöhung erst ab diesem Datum beschloß, den Antrag, sie ab 1. Oktober 1911 auszu zahlen zu lassen, ablehnte! Der liberal schillernde „Verein der städtischen Arbeiter“ darf somit das sehr zweifelhafte Verdienst für sich in Anspruch nehmen, der Stadtverwaltung die Ablehnung einer Lohnerhöhung ab 1. Oktober 1911 leicht gemacht zu haben. Die Hoffnung vieler städtischer Arbeiter, ebenso wie ihre Kollegen in den Städten, bereits für das letzte Vierteljahr 1911 eine erhöhte Einnahme verbuchen zu können, ist elend zu Wasser geworden, und Mitglieder des liberalen städtischen Arbeitervereins von Magistrats Gnaden haben denn auch schon weidlich über die „große Gelei der Vereinsmader“ vom Leder gezogen.

Am 8. Januar 1912 kam die Angelegenheit im Plenum des Gemeindefollegiums zur Beratung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte ihre Anträge in diesem Punkt, wie oben skizziert, wieder gestellt und Genosse Währ begründete diese. Er wies u. a. darauf hin, daß diese Forderungen das Verschwinden seien, was sich denken lasse, denn andere Städte gingen viel weiter und zahlten ihren Arbeitern in Krankheitsfällen, unter Einzug des Krankengeldes, den vollen Lohn bis zur Dauer von 26 Wochen. Mit der Begründung des dritten Punktes unserer Forderung: Nichtabzug des Lohnes bei Arbeitsversäumnissen bis zu einem Tage, was bisher gemacht wurde, und ein so sozialpolitisches Unrecht darstelle, schloß er seine Ausführungen. Gemeindebevollmächtigter P r e c h e i s legte sich nur elend ins Geschick, den Schein der sozialpolitischen Einsicht und der Arbeiterfreundlichkeit zu retten, und brachte es fertig, folgendes ungereimte Zeug von sich zu geben:

„Die Sozialdemokraten wären eben nie zufrieden. Und wenn statt der 13.000 Mk., die für die Erhöhung der Stundenlöhne sicher bewilligt werden, 10.000 Mk. bewilligt würden, dann würden eben noch weitergehende Anträge gestellt, um die Arbeiter immer wieder unzufrieden zu machen. Das sei überhaupt der Beruf der sozialdemokratischen Führer, davon leben sie geradezu, und es läßt mancher nicht an seinem Plage und speziell der Herr Kollege Währ nicht in Hof, wenn er nicht berufsmäßig die Unzufriedenheit schüre.“

Und dieser unfählich blöde Erquf einer schönen Unternehmerseele fand eine verständnisinnige Aufnahme bei einem großen Teile der bürgerlichen Gemeinderäte! Genosse Währ replizierte, „daß er es unter seiner Würde halte, auf den unfählich dümmen Reichsverbandstrafsch des Herrn P r e c h e i s überhaupt zu antworten“.

Die Herren Gndmann, Scheidung hoben hervor, daß die Stadtverwaltung doch innerhalb 2—3 Jahren die Löhne der städtischen Arbeiter um 6 Pf. pro Stunde erhöht und hierfür vor 2 Jahren etwa 10.000 Mk. und jetzt wieder circa 14.000 Mk. bewilligt habe, das sei doch gewiß ein großes Entgegenkommen! Darauf konnte Genosse G e i s l e r treffend erwidern, daß alle diese Scheinbar großen Zahlen nicht über die Tatsache hinweghelfen, daß

bisher der Durchschnittsverdienst der städtischen Arbeiter pro Tag nur 2,64 Mk., der Jahresverdienst demnach nur 702 Mk. betragen habe!

Eine Lohnerhöhung sei daher eine unbedingte Notwendigkeit und kein besonderes soziales Wohlwollen! In der nun folgenden Abstimmung wurde die Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde ab 1. Januar 1912 beschlossen, die sozialdemokratischen Anträge unter 1 und 2 aber abgelehnt. Zum 2. Punkt wurde aber wenigstens beschlossen, für die 3 Karenztage einen Tagelohn auszu bezahlen. Der Antrag zu Punkt 3 wurde zwar angenommen, aber es ist für den sozialpolitischen Geist mancher Kollegiumsmitglieder äußerst bezeichnend, daß er eine erhebliche Minorität fand! Immerhin, wir buchen die Annahme unseres Antrages als anerkenntniswerte Abschlagszahlung.

Aber es soll nicht versäumt werden, mitzuteilen, daß der Herr Gemeindebevollmächtigte J. W. P r e c h e i s, seines Zeichens wohlbestallter Raumunternehmer und nebenbei Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das Langgewerbe, zum Schluß noch seinem bedrängten Herzen mit der Klage Luft machte, daß er bedauern müsse, „daß dieser Punkt heute auf der Tagesordnung gestanden habe und so

den Sozialdemokraten Gelegenheit gegeben sei, Wahlreden zum Denken hinaus zu halten! Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet dieser Mann einen Antrag jüdischer Arbeiter auf Vöhrerböhung!

Wir aber unterbreiten diese Vorgänge der Öffentlichkeit, damit die noch indifferenten Arbeiter erkennen mögen, wo ihre Interessen rückhaltlos vertreten werden!

**Unsere internationale Verbindung.**

Unser Internationales Sekretariat hat mit Jahreschluss 1911 seinen Bericht für das Jahr 1910 herausgegeben. Denselben ist zu entnehmen, daß sich unsere internationale Verbindung im Jahre 1910 auf keine weiteren Länder ausgedehnt hat, hingegen ist der schwedische Groß- und Fabrikarbeiterverband, der dem Internationalen Sekretariat früher angeschlossen war, im Berichtsjahre offiziell ausgeschieden, weil mit Jahresbeginn 1910 die Kommunalarbeiter Schwedens mit Zustimmung der gewerkschaftlichen Landeszentrale einen eigenen Verband gründeten und daher aus der alten Organisation austraten. Im Groß- und Fabrikarbeiterverband verblieben demzufolge nur noch eine kleine Anzahl Kommunal- sowie Staatsarbeiter.

Wenn sich auch die Zahl der angeschlossenen Bruderverbände nicht vermehrt hat, so ist doch von einer beträchtlichen Steigerung der Mitgliederziffern zu berichten. Böhmen hat um rund 500 zugenommen, das ist das Doppelte, Dänemark um rund 1000 und Deutschland um 7000 Mitglieder, während Holland, Luxemburg und die Schweiz sich in ihrer Mitgliederzahl nahezu gleichgeblieben sind und Schweden einen Rückgang von rund 1000 Mitgliedern zu verzeichnen hatte, der allerdings auf die Aussperrung von 1909 zurückzuführen ist. Die gesamte Mitgliederzahl der 8 angeschlossenen Verbände in den 7 Ländern ist von 45 105 auf 52 708 angewachsen, davon die Zahl der weiblichen Mitglieder in 5 Ländern von 1144 auf 1578. Auch die Zahl der Zweigstellen hat sich vermehrt, und zwar von 243 auf 285. Also immerhin ein Schritt vorwärts!

Außerdem ist noch zu berichten, daß neuerdings in Oesterreich die neutrale Bewegung der Gemeindefabrikarbeiter besonders gute Fortschritte gemacht hat. Sie gibt ein allmonatlich zweimal erscheinendes Verbandsorgan, den „Werkruf“, heraus und versucht nach Kräften, die Lage ihrer Mitglieder zu verbessern. Die dortigen Kollegen fühlen solidarisch mit den Gemeindefabrikarbeitern der übrigen Länder und besteht daher begründete Aussicht für ihren Anschluss an das Internationale Sekretariat. Gleichfalls gut entwickelt hat sich unsere Bruderorganisation in Belgien, die 1911 einen Zentralverband gründete, der sich mit Jahresanfang 1912 an das Internationale Sekretariat anschließt. Leider ist der im Jahre 1910 beabsichtigte Beitritt der Franzosen zu unserer internationalen Verbindung noch nicht perfekt geworden, da die französische Organisation vorher eine nochmalige Rundfrage bei ihren Mitgliedern halten wollte.

Besonders bemerkenswert ist das Jahr 1910 für unsere internationale Verbindung deshalb, weil die in Kopenhagen abgehaltene 2. Internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe eine stabilere Grundlage für das fernere Wirken des Internationalen Sekretariats brachte. Die bisherigen Resultate unserer internationalen Verbindung legten den hier versammelten Vertretern nahe, eine festere Form der Verbindung zu schaffen. Es wurde daher beschlossen, wer anschlussberechtigt, wie die Konferenzdelegation gestaltet, die Unkosten bestritten, Veröffentlichungen des Internationalen Sekretariats zu erfolgen habe und ferner, daß der Sitz des Internationalen Sekretariats wieder in Berlin sein soll, sowie die nächste Internationale Konferenz 1913 in Wien abzuhalten.

Hervorgehoben wird im Bericht noch, daß die 7 berichtenden Verbände — der dänische Arbeitsmannsverband hat für seine Kommunal- und Beschäftigungsarbeiter einen Bericht nicht eingesandt — als Grundlage ihrer Organisation die Betriebsorganisation haben. Sie stellen dem gemeinsamen Arbeitgeber die gemeinsame Organisation der Arbeiter kommunaler und staatlicher Betriebe gegenüber. Wenn dieser Gedanke nicht überall durchgeführt ist, so liegt dies daran, daß die Mehrzahl der anderen Gewerkschaften dieser Länder auf dem Boden der Berufsorganisation aufgebaut sind. Alle angeschlossenen Verbände sind auch Zentralverbände, jedoch hat die Organisation in Luxemburg wie auch der Kommunalarbeiterverband von Kopenhagen und Umgebung mehr lokalen Charakter, obwohl auch ihr Gebiet sich auf eine größere Anzahl von Erbschaften erstreckt.

Die finanzielle Fundierung der Organisationen läßt verschiedentlich zu wünschen übrig, da die Leistungen der Mitglieder nicht auf der Höhe seien, wie dies in ihrem Interesse eigentlich erforderlich wäre. Von aller Organisationen ist Deutschland die

größte und umfangreichste und steht demzufolge auch mit den Einnahmen und Ausgaben obenan. Die Mitgliederzahl beträgt für Deutschland 39 262, Holland 1067, Schweiz 2334, Dänemark (Kommunalarbeiter) 2325, Dänemark (Arbeitsmannsverband) 2200, Schweden (Kommunalarbeiterverband) 1218, Böhmen 1024, Luxemburg 78.

Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen hatten Böhmen, Deutschland, Holland, Schweden und die Schweiz. An Erfolgen waren zu verzeichnen:

Land	Verfügte Arbeitszeit			Lohnerhöhung		
	für beteiligte Personen	pro Woche für alle Stunden	für den einzelnen Std.	für beteiligte Personen	pro Woche für d. einzelnen Mt.	pro Woche für d. einzelnen Mt.
Böhmen . . .	30	270	9	1 740	2 579,	1,48
Deutschland . . .	5 974	24 402	4,54	20 204	27 851,88	1,38
Holland . . .	6 500	26 255 <sup>1)</sup>	4,04	7 925	5 100,—	0,64
Schweden . . .	—	—	—	—	145,60 0,80	— 1,34 Pf.
Schweiz . . .	65	1 820 <sup>2)</sup>	28	303	1 781,40	5,98

<sup>1)</sup> Die Verfürgung der Arbeitszeit erfolgte in Amsterdam. Hier wurde die Einführung des Neunhunderttages beschlossen. — <sup>2)</sup> Die über wurde keine Angabe gemacht. <sup>3)</sup> Hier wurde vom 2. zum 3. Schichtwechsel übergegangen.

Streiks und Aussperrungen hatten im Berichtsjahre nur Deutschland für zusammen 177 Personen, die für 70 erfolgreich, 42 teilweise erfolgreich und für 65 erfolglos endeten. Auch am Meinkrieg durch Maßregelungen von Vertrauensleuten und ähnlichem fehlte es nicht.

Einnahmen und Ausgaben des Internationalen Sekretariats balancieren 1910 mit 2310,09 Mt. Davon sind Beiträge auf Grund der für 1910 in Geltung gelangenden Bestimmungen der 2. Internationalen Konferenz, wonach die angeschlossenen Landesorganisationen pro Jahr und Mitglied 3 Pf. Beitrag zahlen, 1375,57 Mt. Einnahmen für Protokolle der 2. Internationalen Konferenz 361,52 Mt., sowie ein Vorschuß von Deutschland in der Höhe von 600 Mt. Von den Ausgaben entfällt auf Lebersehbonorar 437,77 Mt., Porto 123,37 Mt., Utensilien 22,45 Mt., Unkosten der 2. Internationalen Konferenz inklusive Geschäftsbericht und Protokoll 1691,36 Mt., Massenbestand für 1911 65,14 Mt.

Dieser Bericht zeigt, daß unsere internationale Verbindung noch keine sonderlichen Fortschritte gemacht hat, daß es vielmehr noch mancher Arbeit bedarf, um sie auf die erforderliche Höhe zu bringen sowie die Verbände der anderen Länder zum Eintritt zu bewegen. Mit der Zeit werden auch diese sich mehr in den Dienst der Internationale stellen, um der allen Ländern eigenen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft gegenüberzutreten zu können. Wir sind gewöhnt, mit Ausdauer zu kämpfen und wissen nur zu genau, daß unser Ziel nicht von heute auf morgen erreicht wird. Deshalb werden wir versuchen, Zug um Zug unser vorgesehtes Ziel zum Durchbruch zu bringen, um es auf diese Weise endlich zu erreichen.

**Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1910.**

1.

Die statistische Beilage Nr. 1 des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission bringt interessantes Material über den deutschen Arbeiterschutz. Wir entnehmen auszugsweise daraus folgendes:

Die Statistik des deutschen Arbeiterschutzes, die in den Jahresberichten der deutschen Regierung, und Gewerbeämter niedergelegt ist, hat im Jahre 1910 infolge des Inkrafttretens der Gewerbeordnungsnovelle vom 28. Dezember 1908 eine Reihe von Veränderungen erfahren, die die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Statistiken früherer Jahre erheblich beeinträchtigen. Die wesentlichen, die Statistik berührenden Veränderungen sind folgende:

1. Die Veränderung des Fabrikbegriffes im § 135, wonach die seither für „Fabriken“ geltenden Vorschriften nunmehr für Betriebe, in denen in der Regel mindestens „zehn Arbeiter beschäftigt werden“, gelten;
2. die Ausdehnung des Schutzes erwachsener Arbeiterinnen hinsichtlich der Begrenzung der täglichen Arbeitszeit, des Verbots der Nachtarbeit, der Vorschrift einer Mindestruhezeit, des Verbots der Mitgabe von Hausarbeit und der Einschränkung der Arbeitsdauer an Vorabenden der Sonn- und Feiertage;
3. die Veränderungen des Schutzes jugendlicher Arbeiter hinsichtlich des Wegfalls der Lohnabzugsgebühren, der Einführung einer Mindestruhezeit und des Verbots der Mitgabe von Hausarbeit.

Die einschneidendste dieser Veränderungen ist die an erster Stelle genannte Veränderung des Fabrikbegriffs, die den Bereich der von

Der alljährlichen Statistik erfassten Fabriken erheblich erweitert hat. Indes sind früher mitunter auch Betriebe, in denen weniger als zehn Arbeiter beschäftigt waren, den Fabriken zugezählt worden, weil andere Kriterien des Fabrikbegriffes auf diese anwendbar waren. Jetzt unterziehen der Fabrikaufsicht außer den Betrieben, für welche besondere Bundesratsverordnungen erlassen sind, nur noch die Betriebe, die mindestens zehn Arbeiter beschäftigen.

Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist im Berichtsjahr von 481 auf 512, also um 28 vermehrt worden. Von den Beamten sind 50 Regierungs- und Gewerbeberäthe, 233 Gewerbeinspektoren, 177 männliche und 31 weibliche Assistenten und 21 sonstige Beamte. Von den vermehrten Stellen entfallen 23 auf Preußen (je 1 auf Cöpenhagen, Westpreußen, Pommern, Weichseln und Oestrichen, 2 auf Hannover, 4 auf Schlesien, 5 auf die Rheinlande und 7 auf Brandenburg), 3 auf Bayern, 2 auf Baden und je 1 auf Sachsen und Württemberg, während in Elsaß-Lothringen die Zahl der Beamten um 2 herabgesetzt wurde. Die Verminderung trifft zwar einen Staat, dessen Beamtenzahl über dem Reichsdurchschnitt stand, immerhin bleibt diese Verminderung des Inspektionspersonals, die Elsaß-Lothringen hinsichtlich der auf einen Beamten entfallenden Betriebsziffer von der 8, an die 10 Stelle rückt, bedauerlich, besonders da auch die Zahl der weiblichen Beamten reduziert wurde. Bedauerlicher noch ist freilich die Tatsache, daß der Reichsdurchschnitt der jedem Gewerbeaufsichtsbeamten unterstellten Arbeiter von 11 168,7 auf 11 312,7 getiegen ist, während die Durchschnittszahl der Betriebe nur ganz unwesentlich, von 547,5 auf 545,6 gesunken ist.

Wie wenig die stattgefundene Beamtenvermehrung dem Bedürfnis genügt, zeigen uns die Verhältniswahlen der revidierten Betriebe und Arbeiter. Im ganzen Reiche wurden von den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben nur 54,2 Proz. (1900: 52,3 Proz.) und in Preußen nur 50,4 Proz. (1900: 47,9 Proz.) revidiert. Jahrzehnte können vergehen, ehe es soweit kommt, daß wenigstens einmal im Jahre jeder Betrieb den Gewerbeinspektor zu sehen bekommt, während die alte Arbeiterkassensforderung beinahe alljährlich verlangt, daß jährlich einmal wiederholt jeder Betrieb kontrolliert wird. Etwas günstiger stehen die Verhältniswahlen bei den von den Revisionen berührten Arbeiter; der Reichsdurchschnitt beträgt hier 82,3 Proz. (1900: 81,6 Proz.). Das beweist indes nur, daß in überwiegendem Maße die größeren Betriebe kontrolliert worden sind, wogegen die Mittel- und Kleinbetriebe, in denen der Schutz der Arbeiter erfahrungsgemäß am allermeisten nachlässigst wird, nur ganz ausnahmsweise den Gewerbeinspektor zu sehen bekommen. Auch diesmal weisen nur Württemberg und Bremen mit 91,1 und 91,0 Proz. revidierten Betrieben

und 96,6 und 98,8 Proz. der Arbeiter einigermaßen befriedigende Revisionsergebnisse auf.

Die Zahl der weiblichen Assistenten ist um 2 vermehrt worden. Sie entfallen auf Brandenburg (Berlin). In Bayern stieg die Zahl der Assistentinnen von 4 auf 5, in Elsaß-Lothringen sank sie von 2 auf 1. Die Zahl der weiblichen Fabrikaufsichtsbeamten ist weit hinter dem durch das Anwachsen der Arbeiterinnenbeschäftigung gegebenen Bedürfnis zurückgeblieben. Ein weiblicher Beamter kommt erst auf 40 627 erwachsene Arbeiterinnen. Es muß, als völlig ausgeschlossen gelten, daß eine Beamtin bei so großem Arbeitsgebiet ausreichend für den Schutz der Arbeiterinnen wirken kann. Hier muß eine ganz erhebliche Vermehrung der weiblichen Hilfskräfte gefordert werden. Assistenten aus Arbeiterkreisen gibt es nach wie vor bloß in Hessen, die sich auch im Berichtsjahre bewährt haben. Es ist nicht einzusehen, weshalb in den übrigen Bundesstaaten mit dieser Reform noch länger gezögert wird. Auf diesem Wege könnte am ehesten ein ausreichender Beamtentab der Gewerbeinspektion geschaffen und den ständig wachsenden Ansprüchen des Arbeiterschutzes Rechnung getragen werden. Es ist an der Zeit, daß die Arbeitervertreter in den Einzelanlagen mit größtem Nachdruck auf diese notwendige Reform der Gewerbeaufsicht hinwirken.

Die Zahl der in der Bergaufsicht tätigen Beamten beträgt 114 (3 mehr als im Vorjahre). Ihr unterstanden im Berichtsjahre 3187 Betriebe mit 821 365 Arbeitern, so daß auf jeden Beamten durchschnittlich ein Arbeitsbereich von 28,0 (1900: 28,1) Betrieben und 7205,0 (1900: 7340,2) Arbeitern entfällt. Prüft man das Revisionsverhältnis im Bergbau, so möchte das Ergebnis als befriedigend erscheinen, denn es wurden 95,2 Proz. (1900: 95,3 Proz.) der Betriebe und 99,8 Proz. (1900: 99,9) der Arbeiter kontrolliert. Was will dies indes besagen angesichts der Riesentriebe, deren Arbeitsstellen sich über bedeutende Entfernungen hin erstrecken, mit ihren stetig wechselnden Verhältnissen und angesichts der großen Gefahren im Bergbau? Hier wird die häufig wiederholte Kontrolle zur unbedingten Notwendigkeit. Leider gibt auch die amtliche Statistik über die Zahl der Sicherheitsmänner und deren Revisionen nicht die geringste Auskunft, obwohl es sich hier doch um ein ganz wesentliches Zubehör der Bergaufsicht handelt, dessen Bedeutung für den Bergarbeiterchutz gar nicht hoch genug eingeschlagen werden kann. Auch die Berichte der Bergaufsichtsbeamten enthalten darüber keinerlei Angaben, wogegen es einmal zu ihrer Aufgabe zählen, ganze Statistiken von Kontrollberichten der Arbeiter wiederzugeben.

**Betriebs- und Arbeiterstatistik.** Im Berichtsjahre ist die Zahl der der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe von

## Ein aufgeklärter Despot?

In diesen Tagen, da die Kinder unserer Kollegen erneut mit Hohenzollernlegenden in der Volksschule gelehrt worden sind, mag es anbracht sein, auch an dieser Stelle einmal von einer anderen Seite die Dinge dargestellt zu sehen. Dazu ist der treffliche Aufsatz von Franz Mehring im Feuilleton der „Neuen Zeit“ (Nr. 17) besonders geeignet. Wir empfehlen eindringliches Studium nachfolgender Darlegungen.

„Es ist alter Volksglaube, daß nach hundert Jahren die Leute wieder geboren werden. Die Zeit ist erfüllt. Mäße sein wieder-ahorener Geist über uns kommen und alle Widersacher, die den Eintritt ins Land der Verheerung uns wehren, mit flammendem Schwerte vertilgen! Wir aber schwören, in diesem seinem Geiste zu leben und zu sterben!“ So schrieb im Jahre 1840, als sich die Thronbesteigung des Königs Friedrich von Preußen zum hundertsten Male jährte, der radikale Junghegelianer Friedrich Köppen, in einer Schrift, die er seinem Freunde Karl Marx aus Trier widmete.

Nahzu fünfzig Jahre danach, im Jahre 1886, als der Todestag des Königs Friedrich sich zum hundertsten Male jährte, meinte der alte Kaiser Wilhelm, der ehemalige „Kartätschenprinz“: „Alles, was wir Großes und Gutes heute in unserem Lande bewundern, ist auf den Fundamenten gegründet, die er gelegt hat.“ Was dieser allezeit beschränkte Drillsfeldwebel als „Großes und Gutes“ im neu-deutschen Reiche bewunderte, braucht nicht ausführlich dargelegt zu werden: es genügt, zu erinnern an die borusische Junkerherrlichkeit, den ausaugenden Militarismus, den Brot und Fleischwucher, das Sozialstengeseß, die russische Vasallenschaft. Wer hat nun recht: der feste Junghegelianer mit seinem kaum dreißig oder der greisenhafte Hohenzoller mit seinen bald neunzig Jahren?

Es lohnt sich, einen Augenblick bei dieser Frage zu verweilen, da gegenwärtig die patriotische Trommel gerührt wird für den Geburtsstag des Königs Friedrich, der sich am 24. Januar dieses Jahres

zum zweihundertsten Male jährt und einige Tage später, am Geburtstag des gegenwärtigen Kaisers, mit dem üblichen Lärm gefeiert worden ist. Unter anderem hat der Kaiser von Herrn Kofer, dem Generaldirektor der preussischen Staatsarchive, eine Schrift über seinen Vorgänger anfertigen lassen, die in hunderttausend Exemplaren an die preussischen Schüler als kaiserliches Geschenk verteilt werden soll. Herr Kofer hat nun zwar eine recht leidliche Biographie Friedrichs geschrieben, aber zu seiner Schullchrift wird wohl Sophistos Wort als Motto taugen: Das Beste, was du wissen kannst, darfst du den Buben doch nicht sagen. Und was sonst in der bürgerlichen Presse aus diesem Anlaß bisher an Gedenkartikeln geliefert worden ist, trägt durchweg den Stempel untertäniger Loyalität.

Um es mit einem Wort vorwegzunehmen, so hat der alte Wilhelm und nicht der junge Köppen recht und dreimal recht gehabt. Man mag höchstens darüber streiten, ob der König Friedrich die Fundamente des preussischen Staates gelegt und nicht vielmehr nur festigt hat, denn diese Fundamente bestanden schon vor ihm durch die besondere historische Entwicklung, die die brandenburgisch-preussische Militärdiktatur seit den Tagen des Mittelalters genommen hatte. Aber diese Fundamente im modernen Sinne umzuwälzen oder auch nur ein wenig auszuflicken, hat König Friedrich während seiner langen Regierung allemal verschmäht; er hat sie durchaus nur erweitert und verstärkt, von der borusischen Junkerherrlichkeit bis zur russischen Vasallenschaft. In allen Zweigen seiner Herrschertätigkeit hat er — mit einziger Ausnahme der Rechtspflege, wo er einige Anläufe zu Reformen machte, um schließlich doch wieder in der launenhaftesten Kabinettsjustiz zu versumpfen — durchaus auf der historisch rückständigen Seite gestanden, und wer seine Geschichte irgendwie kennt, wird es nur als beißenden Hohn empfinden, wenn er als Muster eines aufgeklärten Despoten gefeiert wird.

Nicht hat ihm mehr am Herzen gelegen, als den feudal mittelalterlichen Kastenstaat mit den drei erblich geschiedenen Ständen der Junker, der Bauern und der Bürger aufrechtzuerhalten. Wenn

967 554 auf 282 549 oder um 11 995 (5,6 Proz.) gestiegen. Die Zahl der Betriebe, in denen erwachsene Arbeiterinnen über 16 Jahren beschäftigt sind, stieg von 88 889 auf 93 133 oder um 4 244 (4,7 Prozent), die Zahl der Betriebe mit jugendlichen Arbeitern bis zu 16 Jahren von 95 304 auf 104 172 oder um 8 868 (9,3 Proz.). Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter betrug 6 613 468 (1909: 6 209 225); die Zunahme war 404 243 (6,5 Proz.). Hier von entfallen auf erwachsene männliche Arbeiter (über 16 Jahren) 4 564 841 (1909: 4 560 899) mit einem Zuwachs von 303 942 (6,6 Prozent); auf erwachsene Arbeiterinnen (über 16 Jahren) 1 259 456 (1909: 1 190 241) mit einer Zunahme von 69 215 (5,8 Proz.); auf jugendliche Arbeiter (von 14–16 Jahren) 476 301 (1909: 419 540) mit einem Mehr von 56 761 (6,6 Proz.) und endlich auf Kinder (unter 14 Jahren) 12 870 (1909: 11 545) mit einer Vermehrung von 1325 (11,4 Proz.). Als auffallend muß es bezeichnet werden, daß die Zahlen der Arbeiter in größerem Maße zugenommen haben, als die der Betriebe. Das läßt erkennen, daß die Zunahme an kleineren Betrieben gegenüber dem Wachstum der Betriebe selbst nicht wesentlich in Betracht kommt.

Den überwiegenden Anteil an der Arbeiterziffer stellen Deutschlands Großindustrien: Bergbau und Hüttenwesen mit 1 106 140 Arbeitern, Metall- und Maschinenindustrie mit 1 535 914 Arbeitern und die Textilindustrie mit 911 194 Arbeitern. Diese drei vereinigen 3 538 248 Arbeiter oder 53,7 Proz. aller Arbeiter. Dabei muß indes bemerkt werden, daß das Bergwerk erst zum kleinsten Teile der Gewerkschaft untersteht. Die Industrie der Steine und Erden zählt 633 677, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie 645 118, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 402 979, die Bekleidungsindustrie 385 521, die Baugewerbe 237 012, die Poligraphischen Gewerbe 183 554, die Papierindustrie 180 824, die Chemische Industrie 148 129, die Lederindustrie 106 424 Arbeiter; die übrigen bleiben hinter 100 000 zurück.

Während der Bergbau, das Baugewerbe, die Maschinenindustrie, Industrie forstwirtschaftlicher Produkte und Leuchtstoffe, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Industrie der Steine und Erden und Chemische Industrie circa 94,8 bis 81,3 Proz. erwachsene Männer als Arbeiter beschäftigen, überwiegen in den Reinigungs- und Bekleidungsberufen die erwachsenen Arbeiterinnen mit 70,4 und 60,0 Proz. In der Textilindustrie erreichen in den Bekleidungsberufen (13,4 Proz.), Metallverarbeitung (10,3 Proz.) und Poligraphischen Berufen (10,2 Proz.); die Kinder erreichen in keiner Gewerbeart 1/2 Proz. der Arbeiter. In der Textilindustrie ist der Anteil der Arbeiterinnen gegenüber dem Vorjahr noch gestiegen. Bei den Jugendlichen kommen auf je 100 Arbeiter

in den Bekleidungsberufen sogar 83,2 Mädchen, also 8/10, und in der Textilindustrie 61,9. Auch die Industrie forstwirtschaftlicher Nebenprodukte, sowie die Nahrungsmittelindustrie und Chemische Industrie richten sich mehr und mehr auf die Anwerbung weiblicher Arbeitskräfte ein. So zeigt uns die Jahresstatistik der Gewerbeaufsichtsbeamten gewisse Entwicklungstendenzen der Industrien, die sicherlich auch in der gewerkschaftlichen Organisation Beachtung verdienen.

Die Revisionsergebnisse. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben im Jahre 1910 263 401 Revisionen ausgeführt (1909: 250 856). Von den Revisionen wurden 3239 (1909: 2890) in der Nacht und 5708 (5375) an Sonn- und Festtagen ausgeführt. 175 163 Betriebe wurden insgesamt von diesen Revisionen getroffen, davon 141 790 nur einmal, 20 193 zweimal und 10 180 drei- und mehrmals. Von den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben wurden 151 499 = 54,6 Proz. kontrolliert (1909: 53,8 Proz.). Von den Revisionen wurden betroffen 4 147 503 erwachsene männliche Arbeiter (85,2 Proz.), 1 013 583 erwachsene Arbeiterinnen (82,0 Proz.), 385 589 Jugendliche (80,9 Proz.) und 10 050 Kinder (79,0 Proz.). Das Revisionsverhältnis ist vergrößert sich also nach Seiten der schutzbedürftigen weiblichen, jugendlichen und kindlichen Arbeitskräfte. Während es Hauptaufgabe der Gewerbeaufsicht sein sollte, in erster Linie alle Betriebe mit Arbeitergruppen, die unter gesetzlichen Schutzbestimmungen stehen, aufs strengste zu kontrollieren, werden diese Betriebe gerade am wenigsten revidiert, und zwar um so weniger, je schutzbedürftiger die beschäftigten Arbeiter sind. Draufschäufeln kann der heutige Zustand der Gewerbeinspektion kaum veranschaulicht werden.

Der sanitäre Arbeiterschutz. Die Uebersicht über die Durchführung des Arbeiterschutzes in denjenigen Betrieben, für welche besondere Schutzbestimmungen auf Grund der Gewerbeordnung erlassen sind, berichtet auch über die Arbeiterziffern. Insgesamt handelt es sich in 13 Berufen um 141 638 Betriebe mit 335 399 Arbeitern, so daß auf jeden Betrieb im Durchschnitt 2,3 Arbeiter kommen. Von diesen Betrieben wurden 25 131 (17,4 Proz.) revidiert (gegenüber 20,5 Proz. im Vorjahre). In den revidierten Betrieben waren 59 050 Arbeiter (17,6 Proz.) beschäftigt. 82,6 Prozent oder 5/6 der Betriebe blieben also unkontrolliert. Die Gesamtzahl der Revisionen betrug 28 832.

Der größte Teil der Betriebe, für welche besondere sanitäre Schutzvorschriften gelten, gehört dem Bäder- und Konditorgewerbe, sowie dem Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe an. Die Durchführung und Kontrolle des sanitären Arbeiterschutzes in kleineren Betrieben läßt auch hier alles zu wünschen übrig. Eine Verstärkung der Gewerbeinspektion durch Zuwahl von Arbeiterkontrolloren würde sich

es anders die Sache des aufgeklärten Despotismus war, die bürgerliche Entwicklung zu fördern, um eine Stütze gegen den Adel zu gewinnen, so hat Friedrich die Städte abgewürgt, um den Adel zu häufeln und ihn mit noch immer mehr Vorrechten zu überhäufen, als er in diesem segneten Lande schon von jeher besaß. Es ist recht eigentlich Friedrichs Vermächtnis, die ganze militärische und zivile Maschinerie des Staates in die Hände des Junkertums so gründlich gepielt zu haben, daß sie ihnen bis heute noch nicht hat entrissen werden können. So wenig wie den Städten half er den Bauern gegen die Junker; höchstens dem junkerlichen „Bauernlegen“ suchte er gewisse Schranken zu setzen, um Kerkern für sein Heer und Steuerzahler für seinen Säckel zu behalten. Einzig unter diesem Gesichtspunkt hat er das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis, wie es aus dem Mittelalter übernommen war, zu „reformieren“ gesucht; über die ärgste Auspressung und Mißhandlung der Bauern war er mit den Junkern ganz einig, nur daß er seinen Anteil an dem Blute und Schweiß haben wollte, der den ausgepörrten Massen — und die bäuerliche Klasse bildete damals die Masse der Bevölkerung — ausgepreßt wurde.

Seine Finanzverwaltung, wie er sie namentlich nach dem Siebenjährigen Kriege einrichtete, war eine Ausbeutungsmaschine der raffiniertesten Art, jedoch in ihrer Methode schon für seine Zeit völlig überlebt. Die Blutsteuern, die er in erster Reihe wieder von den Bauern erhob, steigerte er auf ein unerträgliches und bis dahin unerhörtes Maß. „Kulturaufgaben“ waren für seinen großen Geist überhaupt keine Begriffe. Die Schulen ließ er gänzlich verfallen. Die Geistesleichtsinnigkeit feierte nirgends solche Orgien wie unter dem Zepter dieses weisen Herrschers. Seine Zensur war ein würdiger Vorläufer des Sozialistengeßes.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik stand es nicht besser um ihn. Nichts törichter, als ihm irgend so etwas wie „nationale Gesinnung“ nachzurufen. Wer ihn daraufhin angesprochen hätte, hätte nicht einmal die Gefahr gelaufen, von ihm auf die Festung

geschickt, sondern höchstens die Gefahr, von ihm ins Irrenhaus gesteckt zu werden. Friedrich war mit tausend Freuden bereit, seine rheinischen Besitzungen den Franzosen und seine Provinz Ostpreußen den Russen zu opfern, wenn er dafür das Kurfürstentum Sachsen hätte in seine Tasche stecken können. Es ist auch völlig verkehrt, seine Erhebung gegen Oesterreich als eine nationale Tat zu bewundern. Ihm war es nur um ein Stück Land zu tun, das er, gewiß nicht auf die Kraft und den Willen der Nation, sondern auf auswärtige Mächte, die Deutschland in gänzlicher Ohnmacht zu erhalten trachteten, dem Hause Habsburg rauben konnte. Auch die preussischen Historiker, soweit sie noch einen Funken von Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit besitzen, bestreiten heute nicht mehr, daß Friedrich ohne die französische Hilfe niemals an die Eroberung Schlesiens hätte denken können.

Friedrich wußte sehr gut, daß ihm die französische Hilfe nicht um seiner schönen Augen willen gewährt wurde, daß Frankreich, indem es ihn unterstützte, nur an der Entzweiung und Zerfleischung Deutschlands arbeitete. Das hinderte ihn aber nicht im geringsten, sich in die Vasallenschaft Frankreichs zu begeben. Dabei hatte er freilich mehr als ein Vorbild unter seinen erlauchten Vorfahren; am Berliner Hofe hatten die französischen Dukatens allemal einen guten Klang, auch wenn sie nur um den Berrat an Deutschland zu haben waren. Aber immerhin — so weit wie Friedrich hatte doch noch kein Hohenzoller den Mangel an nationaler Ehre und Scham getrieben.

Er durfte den Lohn des Verrats einstreichen, allein der Fluch des Verräters ist ihm doch an den Fersen hängen geblieben. Sein Versuch, die französische Lehnsherrschaft abzuschütteln, deren Anforderungen ihm allzu beschwerlich geworden waren, führte ihn in die englische Vasallenschaft, die ihn im Siebenjährigen Kriege benutzte, um Amerika in Deutschland zu erobern, ihn aber, als sie ihn nicht mehr brauchte, wie ein ausgepreßte Zitrone beiseite warf, so daß er sich endlich in den russischen Knechtsdienst begeben mußte,



als segensreich erweisen. Der mangelhafte Zustand der Gewerbeaufsicht auf diesem Gebiete legt aber den Gewerkschaften um so mehr den Ausbau ihrer freiwilligen Nachkontrolle nahe, damit wenigstens von dieser Seite die Innehaltung der gesetzlichen Schutzbestimmungen scharf überwacht wird. Hand in Hand mit der Gewerbeinspektion kann eine solche Gewerkschaftskontrolle sehr viel erreichen und dazu beitragen, das Verantwortlichkeitsgefühl der Unternehmer anzuspannen.

### • Aus der Praxis der Arbeiterversicherung •

Die Unfallrenten der Gärtnerei, Park- und Friedhofsarbeiter. Das Arbeitspersonal in den Gärtnerei, Park- und Friedhofsberufen unterliegt wegen seines Anspruchs auf Unfallrente unterschiedlichen Bestimmungen. Während die Renten der Gärtner und Gärtnergehilfen nach deren Individuallohn zu berechnen sind, sind die Renten der Arbeiter in diesen Betrieben das gleiche, was für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter Grundsatze ist: Ihre Renten werden nach dem allgemeinen Jahresdurchschnittsarbeitsverdienst berechnet, der für diesen Zweck von der zuständigen Verwaltungsbehörde für alle diese Arbeiter bezirksweise gleich normiert wird. Diese Durchschnittssätze liegen nun zum Teil unter den Lohnsätzen der Arbeiter in Gärtnerei, Park- und Friedhofsberufen. Da nun die neuen Bestimmungen über die landwirtschaftliche Unfallversicherung den Berufsgenossenschaften das Recht geben, in solchen Fällen durch das Berufsgenossenschaftsstatut die günstigeren Bestimmungen auch auf weitere Arbeitersichten auszuweiten, so ersuchte der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein durch eine Eingabe im November d. J. die Berufsgenossenschaften, von diesem Rechte für die genannten Arbeitergruppen Gebrauch zu machen. Die Brandenburgische Berufsgenossenschaft ließ erkennen, daß sie gesonnen sei, dem Gesuche näher zu treten; die Oldenburgische machte dem Gesuchsteller eine ausdrückliche dahin gerichtete Mitteilung. Die Preussische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hat jedoch erklärt, daß sie das Gesuch für unbeanstandet halte. Andere haben bisher nicht geantwortet. Von Belang ist aber, was die Preussische Berufsgenossenschaft sonst noch sagt, sie fügt ihrer Ablehnung nämlich hinzu: „Am liebsten wäre uns, wenn die gewerblichen Gärtner aus den landwirtschaftlichen Berufen ausscheiden und eine Berufsgenossenschaft für sich bilden würden.“ Auf diesen Standpunkt hat sich nun auch die am 19. und 20. Dezember v. J. in Nürnberg stattgefundene Konferenz der Vorsitzenden sämtlicher 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gestellt. Infolgedessen pflegen gegenwärtig die Organisationen der Gärtnereiunternehmer einen regen Meinungs-austausch über diese Frage. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die

Gärtnereiunternehmer sich für eine eigene Gärtnereiberufsgenossenschaft entscheiden werden und daß auch das Reichsversicherungsamt solchem Entschiede beitreten wird. Ob dadurch die Gesuchsteller leichter zu ihrem erstrebten Ziele kommen werden oder ob sie dann vor noch größeren Widerständen stehen, kann nicht vorausgesagt werden. In der Frage der Arbeiterfürsorge waren bisher die Gärtnereiunternehmer ebenso reaktionär wie die eigentlichen Agrarier. Immerhin soll nicht unerwähnt bleiben, daß das Organ des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands die Forderung als gerechtfertigt erklärt hat. Auch der Verband Württembergischer Handelsgärtner hat schon eine dieser ähnliche Erklärung abgegeben.

### • Notizen für Gasarbeiter •

Berlin. (Gasanstalt Schmargendorf.) In der Sektionsversammlung vom 19. Januar konnte mit Befriedigung festgestellt werden, daß es auch hier besonders im letzten Jahre vorwärts gegangen ist. Die Mitgliederzahl erhöhte sich im Laufe des Jahres um 83 auf 369 am Jahreschluss. Zum größten Teil ist dieser Aufschwung hier den Vertrauensleuten und dem tatkräftigen Eingreifen der Arbeiterauschussmitglieder zu verdanken. Zu letzterem war auch reichlich Gelegenheit. Die Umgestaltungsformen eines Teiles der unteren Beamten lassen alles zu wünschen übrig. „Ich bin zufrieden, daß ich die Bande löswerde.“ „Verfluchter Völlat.“ „Sie sind verrückt.“ Das sind so die Ausrufe der Herren Maurerpoliers. Groß ist hier der Herr „Arabe“. Er gab sich dazu her, einem unbecommen gewordenen Mitglied des Arbeiterauschusses ohne Grund und Ursache zu einer Geldstrafe zu verurteilen. Derselbe hatte, wohl in Rücksicht auf diesen Kollegen, zu dem sogenannten Nachschieber erklärt: „Sie tun mir leid, sie haben eine schöne Kolonne!“ Das ist, zieht man die Tatsache in Betracht, daß der besonders in Betracht kommende Kollege Mitglied des Arbeiterauschusses, Vertrauensperson der Kollegen ist, nicht bloß eine Belästigung für diesen selbst, sondern auch für dessen Wähler. — Dem Ausschussmitgliedern wird aber nicht nur von unten, sondern auch von höheren Vorgesetzten die Arbeit, zu der sie verpflichtet sind, mit allen Mitteln erschwert. Man sucht zu erfahren, wer in den Versammlungen usw. dem Arbeiterauschuss die Anträge übermittelt. Dies doch nur zu dem Zweck, um die Kollegen nachher zu schikanieren. Das tollste ist aber, wenn einer Gruppe von Arbeitern direkt verboten wird, Anträge an den Arbeiterauschuss zu stellen. Am so schlimmer ist das, als die Verwaltung selbst nachher die Berechtigung der gestellten Anträge zugeben mußte. Besonders geklagt wurde, daß die Durchführung zugelegter Anträge sehr lange auf sich warten läßt. Immer wieder müssen die Herren an ihre gegebenen Zusagen erinnert werden. Das trifft freilich nicht bloß für Schmargendorf zu. Wenn hier nicht für Abhilfe gesorgt werden kann, werden die Arbeiterauschüsse dahin gedrängt, alle, auch

um sich zu retten. Auch die Schmach der russischen Fremdherrschaft in Deutschland ist ein Erbe des Königs Friedrich. Er endete seine Laufbahn, indem er, innerlich knirschend, aber äußerlich tuschend, vor der Zarin Katharina demütig im Staube lag und ihr das polnische wie das türkische Bild ins Garn treiben half. In ihren Türkenkriegen unterstützte er sie mit Hülfsgebern; bei der ersten Teilung Polens mußte er den größten Teil der Schande auf sich nehmen und sich mit dem kleinsten Knochen begnügen.

Das entscheidende und unwiderstehliche Urteil über den König Friedrich und sein Werk hat die Schlacht bei Jena gesprochen. Um den Helden zu retten, hat man zwar gesagt, nicht er sei bei Jena geschlagen worden, sondern seine unfähigen Nachfolger. Allein so unabhängig diese Nachfolger unzweifelhaft waren, so ist es doch eine ganz unsinnige Vorstellung, daß sie in zwanzig Jahren ruiniert haben sollen, was Friedrich in mehr als vierzig Jahren angebildet aufgebaut haben soll. Sie haben sein Werk im wesentlichen so erhalten, wie er es geschaffen hatte, es eher noch in manchem Betracht verbessert als verschlechtert. Freilich mag dieser vorsintflutliche Mastenstaat im Jahre 1806 verrotteter erschienen sein als im Jahre 1786, aber eben nur im Lichte einer vorgeschrittenen Zeit; im Wesen der Sache war er ganz derselbe, und die damaligen Reformen, die Stein und Arndt, waren von einem ganz richtigen Instinkt geleitet, wenn sie den un deutschen König verurteilten, dessen Größe Deutschland zum Verderben und dessen Gedächtnis Deutschland zum Fluche geworden sei.

Wie nun aber erklären, daß der Name dieses Königs bei allem immer einen gewissen populären Klang behalten hat, daß Friedrich einen Mann wie Carlisle zum Biographen, einen Künstler wie Menzel zum Maler seines Lebens und seiner Taten gewinnen konnte, daß die radikalsten Junghegelianer für ihn schwärmten, daß selbst Vassalle noch im Jahre 1858 ihn neben Velling als ebenbürtigen Befreier stellten? Will man die Antwort auf diese Frage in banal-populärer Form geben, so müßte man sagen, daß der

Einäugige unter den Blinden König ist. Unter dem verkommenen Fürstengefindel seiner Zeit war Friedrich in seiner Art ein ganzer Kerl, und ebenso ragte er über seine Vorgänger und Nachfolger in der Geschichte der Hohenzollern empor. Er trieb sein schlechtes Handwerk wenigstens mit einem Eifer und Ernst, der den zeitgenössischen Sultanen vollkommen fremd geworden war; das Glück machte ihn nicht übermütig, und das Unglück trug er mit einer Standhaftigkeit, die gewiß respektabel war: mit dem Gift in der Tasche, entschlossen, sich lieber selbst aus der Welt zu expedieren, als dem etwas zu vergeben, was er für seine königliche Würde hielt. Die blödsinnige Verschwendung der damaligen fürstlichen Höfe hielt er sich vom Leibe, und namentlich auch den leeren Tand des Größenwahnsinns, der die alberne Reugier des gedankenlosen Philisters für bare Münze nimmt, für eine aufrichtige Huldigung an die Monarchie oder gar für eine bewundernde Anhänglichkeit an die Person des Monarchen. Friedrich schätzte die patriotischen Spektakelmacher ganz richtig als „Canaille“ ein. Und als bei seinem letzten Besuch in Breslau der Philosoph Garve dem widersprach mit der Bemerkung: „Als Ew. Majestät gestern in die Stadt kamen und alles Volk zusammenließ, um seinen großen König zu sehen, das war nicht Canaille“, da antwortete der König, viel philosophischer als der patentierte Philosoph: „Sehe Er einen alten Affen aufs Pferd und lasse Er ihn durch die Straßen reiten, so wird das Volk ebenso zusammenlaufen.“ Wie weit war Friedrich damit seiner Zeit voraus und nun gar der unserigen!

Sowenig er im historischen Sinne ein aufgetrübter Despot gewesen ist, so sehr war er es in persönlichem Sinne. Ein Typus der frühesten Geistesnechtschaft, verschmähte er doch der „Neuchelei dürftige Maske“ insofern, als er sie nie mit frommen Nebenarten auszuschnüden versuchte. Ihn als Geburtshelfer unserer klassischen Literatur und Philosophie zu feiern, gehört zu den abgeschmacktesten Legenden, von denen sich die bürgerliche Literaturgeschichte nährt, aber ein Aufklärer im Sinne des von ihm bewunderten Voltaire,

die kleinsten Dinge formell auf die Tagesordnung zu setzen, um damit die Protokollierung derselben durchzuführen. Dann wird nachher der Direktion der „substantiierte“ Beweis für diese Tatsachen schwarz auf weiß erbracht werden können.

### Aus unserer Bewegung

**Augsburg.** Eine eigenartige Wendung in der Entlassung städtischer Arbeiter macht sich in der städtischen *Tonnena b f u h r* bemerkbar. Es vergeht bald keine Woche mehr, wo nicht eine Entlassung vorgenommen wird. Meistenteils wird die Entlassung wegen ganz geringer Dienstverletzungen ausgesprochen. Der schneidige Stallmeister Winter, der als früherer Herrschafts-lutscher ja die Geschäfte eines Schweißers vertreten muß, macht seinen Einfluß auf die Inspektion derart geltend, daß die städtische Straßeneinigung und Tonnena b f u h r recht bald einem Taubenschlag gleichen wird. Den früheren Stolz auf viele lang-jährige Arbeiter in diesem Betriebe kennt man heute nicht mehr und man versucht, was die Tatsachen beweisen, jetzt das Gegenteil zu erreichen. Weder Jahreszeit noch Grund zur Entlassung wird auf die Wage gelegt. Dabei müssen Alleingelassenen dazu verhalten, um mit den unangenehmen Arbeitern aufzuräumen. Der Herr Inspektor Bernhard hängt zwar bei jeder Gelegenheit den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit um und stellt die nach seinen Angaben meistenteils vom Magistrat entlassenen Arbeiter in den nächsten Tagen wieder ein. Für einen denkenden Menschen ist damit bloß bewiesen, daß diese Arbeiter einfach zu Unrecht entlassen worden sind. Man könnte sich ja zurückziehen geben, wenn die Leute nun wieder in den Betrieb eingestellt und auf ihren alten Posten gesetzt werden. Aber es hängt eben etwas anderes daran. Nämlich, die durch ihre Dienstzeit erworbenen Rechte gehen verloren und können nicht mehr nachgeholt werden, weil diese Arbeiter als „neueingestellt“ zu schaffen anfangen müssen. So hat man schon einige Arbeiter durch die Entlassungen um Jahre in der Versorgungsstufe und um die Entlohnung nach der sehr mangelhaften Wohnstufe gebracht. Ein neuerlicher Fall beweist nun wieder, welche Gründe zur Entlassung eines Arbeiters herhalten müssen: Ein Fuhrmann, der schon sieben Jahre dort zur Zufriedenheit beschäftigt ist, wurde entlassen, weil er sich erdreistete, den Stallmeister Winter zu fragen, warum denn ihm eigentlich bei dem letzten Krankheitsfall, wo er noch bis mittags 1 Uhr im Dienst stand und deshalb noch kein Krankengeld erhalten konnte, nachträglich der halbe Tagelohn abgezogen worden ist. Der Fuhrmann mußte allerdings der Wahrheit die Ehre geben und konstatieren, daß nur der Herr Stallmeister schuld sei, daß ihn der Gaul getreten habe, worauf der Stallmeister in besondere Erregung kam

und dem Fuhrmann zurief: „Das ist meine Sache, Sie können sich hinwenden, wohin Sie wollen.“ Darauf sagte der Fuhrmann, dann kann ich mich ja an den aufsichtführenden Gemeindevorsteher wenden, was dem Herrn Winter besonders in die Glieder fuhr. Und nun kam das Unglaubliche. Der Fuhrmann wurde nach einer Stunde in seiner Wohnung mit der Invalidentarte bedacht, er war also entlassen. Da es gerade an einem Sonntag war, wandte sich F. an den Inspektor, um die Sache klarzustellen. Doch weit gefehlt. Der Inspektor war in eine solche Aufregung versetzt, daß es der Fuhrmann für ratsamer hielt, diese amtliche Stätte zu verlassen. Ein paar Ausdrücke, die der Inspektor gegenüber dem Fuhrmann äußerte, wollen wir auch der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Herr F. meinte: „Ich bin Herr, ich kann aus- und einstellen, wen ich will, da hat mir niemand etwas einzureden. Da können Sie sich an den Oberbürgermeister, an Wörle oder an Mollwagen wenden. Sie sind ausgehellt und werden nie wieder mehr eingestellt. Seitdem Sie dem Verbands angehören, sind Sie ein Hecker und ich kann Sie deshalb nicht mehr brauchen. Vorher seid Ihr, Sie und Ihr Bruder, ordentliche Leute gewesen. So lange Sie krank waren, so lange war Ruhe, jetzt aber geht der Unfrieden wieder los usw.“ So ging es noch eine Weile fort. Sehr interessant ist zu erfahren, daß der Fuhrmann nur deshalb unangenehm war, weil er der Organisation angehörte. Eine sehr offenberzigte Bestätigung, für die wir dem Herrn Inspektor nur dankbar sind. Es ist ein offenes Geheimnis, das viele andere Beamten innerlich denken, aber vorsichtigerweise nicht aussprechen. Der Herr Inspektor schlägt sich da mit seinen eigenen Worten, die er gegenüber dem Organisationsvertreter abgab. Wenn übrigens alles in Ordnung ist, braucht man auch keine Aufmerksamkeit zu scheuen.

**Berlin.** Unsere Filiale hielt am 25. Januar im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Hofmann erichtete zunächst den Bericht für das abgelaufene Quartal. Die Hauptkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 42.412,40 M. Die Vorkasse hat im 4. Quartal eine Einnahme von 33.333,33 M. gehabt. Dazu kommt der Bestand vom 3. Quartal mit 43.211,53 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 16.517,52 M., so daß ein Massenbestand am Schlusse des 4. Quartals von 60.027,94 M. verbleibt. Mitglieder zählte die Filiale am Schlusse des 3. Quartals 7539 männliche, 307 weibliche und 65 jugendliche. Am Laufe des 4. Quartals traten ein 1197 männliche, 105 weibliche und 40 jugendliche. 262 männliche, 96 weibliche und 1 jugendliches Mitglieder sind ausgetreten oder wurden ausgeschieden, so daß am Schlusse des 4. Quartals die Filiale 8791 männliche, 316 weibliche und 104 jugendliche, zusammen 9214 Mitglieder zählte. Die Filiale hat also ihren Mitgliederbestand um 983 vermehrt. Zu Beginn des Jahres zählte die Filiale 7166 Mitglieder, und zwar 7185 männliche, 224 weibliche und 56 jugendliche. Die Filiale hat also im Laufe des Jahres um 1749 Mitglieder zugenommen. Aufnahmen wurden allerdings 2080 gemacht.

ein Anhänger der Aufklärung, von der Schneider und Schuster nichts wissen dürfen, ist Friedrich allerdings gewesen und daraus hat er in seinen Briefen und Schriften nie das geringste hehl gemacht. Er gebrauchte die Religion als despotisches Machtmittel; er hat die Jesuiten geduldet, als der Papst Ganganelli den Jesuitenorden aufgehoben, und ebenso die lutherische Orthodorie vor allen aufklärerischen Attentaten geschützt, so daß selbst kein lammfrommer Bewunderer Gleim sich zu dem Spott aufschwang: Er ließ uns alle Freiheit, selbst die Freiheit, dumm zu sein. Allein für seine Person war ihm alle Religion höchst widerwärtig, und er mißbrauchte sie auch nicht, um seine Politik zu beschönigen; er hat seinen Raub am Hause Habsburg nie als eine „Wendung durch Gottes Fügung“ gefeiert. Aus den Produkten seiner Feder läßt sich ein ganzes Arsenal von boshaften und auch geistreichen Spottereien über die Religion und religiöse Gegenstände zusammenstellen.

Wie wenig Friedrichs bornierter Despotismus dadurch entschuldigt wurde, hat schon Lessing erkannt in seiner bekannten Versicherung über das „slavischste Land in Europa“, das der preussische Staat sei und bleibe, trotz aller „Sottisen gegen die Religion“, die in Berlin auf den Markt gebracht würden. Zum Glück für Friedrichs Nachruhm aber legte sich kein Nachfolger, nach alter Ueberlieferung der Hohenzollern, wieder auf die frömmelnde Seite, trotz des sardanapalischen Lebenswandels, den er führte, und er krönte diese nichtswürdige Heuchelei, indem er behauptete oder durch seine Kreaturen behaupten ließ, daß sein Vorgänger den Hauptgrund zur Freidenkerelei gelegt habe. So kam Friedrich in den ganz unerdentlichen Ruf, ein lichtbringender Genius gewesen zu sein. In den Tagen nach Jena wurde sein historisches Wesen dann von den preussischen Reformern wieder richtig erkannt, allein als sich nach den Siegen über Napoleon die heilige Allianz konstituierte, die den fleischlichen Despotismus in frömmelnde Tracht kleidete, wurde Friedrich zum zweiten Male ein Held der Aufklärung, zumal da Preußen in der heiligen Allianz die erbärmlichste und unwürdigste Rolle spielte,

und die preussischen Machthaber der zwanziger und dreißiger Jahre alles taten, was in ihrer Macht stand, um das Andenken des kaiserlichen Königs zu verdunkeln.

Bekannt sind Heines sonstige Worte aus dem Jahre 1832 „gegen dieses Preußen, diesen langen frömmelnden Gamalschenhelden mit dem weiten Magen und dem großen Maul und mit dem Korporalstod, den er erst in Weihwasser taucht, ehe er damit zuschlägt, dieses christlich-philosophische Soldatentum, dieses Gemengel von Weichbier, Lüge und Sand, dieses steife, heuchlerische, scheinheilige Preußen, diesen Tartuffe unter den Staaten“. So konnte Heine nur im Ausland schreiben, und es ist gewissermaßen die andere Seite der Medaille, wenn sieben Jahre später der radikale Junghegelianer Köppen, unter dem Druck der Zensur, diesem Korporalstod wenigstens nie in Weihwasser getaucht hatte, einen Spiegel entgegenhielt, worin es seine ganze Schlechtigkeit erkennen und daran verrecken sollte, was es denn freilich nicht getan hat.

Heute wissen wir allzu gut, daß der leidenschaftige Kampf mit leidenschaftigen Gegnern nicht dadurch gefördert werden kann, daß wir Gespenster aus den Gräbern beschwören, zumal Gespenster vom Schlage des Philosophen von Sanssouci, der dem Dumfertonum nicht minder hold und gewärtig gewesen ist, als heute der Philosoph von Hohenzollern. Auf dem Despotismus des alten Friß lastet noch immer der Fluch der Nation, und zwar um so wichtiger, je verhängnisvoller seine Nachwirkungen sind. Den zweihundertsten Geburtstag des Königs als nationalen Festtag zu feiern, wäre ein Spott auf alle nationale Gesinnung.

Eher könnte er sich als dynastischer Festtag sehen lassen. Denn in der langen Reihe von Hohenzollern, die vor und nach ihm gelebt haben und gestorben sind, zeichnete sich der König Friedrich durch einige menschliche Eigenschaften aus, zumal durch die Verachtung jener „Camarille“, die in diesen Tagen am lautesten geläutert hat,

Es haben somit 1931 wieder die Betriebe verlassen oder sind aus der Organisation ausgetreten. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 153.373,10 M., gegen 127.325,85 M. im Vorjahre; sie hat sich also um 26.047,25 M. gesteigert. Die Lokalkasse vereinnahmte im Berichtsjahre 39.480,41 M., mehr wie im Vorjahre, denn sie erhielt 1910: 91.663,22 M. und 1911 dagegen 131.143,63 M. Die Ausgaben beider Kassen zusammen bezifferten sich auf 224.489,09 M., gegen 181.329,34 M. im Vorjahre; es wurden also im Berichtsjahre 40.159,75 M. mehr ausgegeben. An Unterstützungen wurde aus beiden Kassen gezahlt:

	1910	1911
Bei Sterbefällen . . . . .	8.582,50 M.	11.712,50 M.
„ Strafbüßen . . . . .	26.353,55 „	35.678,32 „
„ Arbeitslosigkeit . . . . .	6.591,83 „	8.294,84 „
„ Maßregelungen . . . . .	539,05 „	1.147,59 „
„ Streiks . . . . .	243,85 „	1.099,90 „
„ Notständen . . . . .	1.516,-- „	1.345,-- „
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>43.826,78 M.</b>	<b>59.278,14 M.</b>

Das ist also eine Mehrausgabe für Unterstützungen von 15.151,36 M. Der Bestand der Lokalkasse stieg von 31.659,73 M. auf 60.027,61 M., also um 28.367,91 M. Zu beachten ist noch, daß die Einnahmen aus den Mitgliedbeiträgen sich im Berichtsjahre auf 2.158,26 M. beliefen, gegen nur 1.163,75 M. im Vorjahre. Die Sammlung für die Tabakarbeiter hat bis jetzt einen Ertrag von 1871,32 M. gehabt. Wenn auch die Filiale im verfloßenen Jahre eine gute Entwicklung genommen hat, so muß es doch das Bestreben sein, im Jahre 1912 weitere, wenn möglich noch bessere Fortschritte zu machen. Auch in der Distriktsion kam die Verriedigung über das Wachsen der Mitgliederzahl und die gute Finanzentwicklung, die trotz der wicentlich gestiegenen Inanspruchnahme der Unterstützungsrichtungen zu konstatieren ist, zum Ausdruck. Als dann wählte die Versammlung die bisherige Krisenverwaltung wieder mit zwei Ergänzungen. Inzwischen traf die Nachricht vom Siege Nord Vietnams in Potsdam Cithavelland ein, die von der Versammlung mit tosendem Beifallsturm begrüßt wurde. Als weiteren Ehrenangehüllten wählte die Versammlung Otto Veder, der in kurzen Worten für das Vertrauen dankte. Ein von Wubh eingehend begründeter Ausschlusstrag gegen das Mitglied Nahl wurde angenommen. Einem Antrage der Krisenverwaltung, den auf die Hälfte entfallenden Anteil mit 1.900 M. von der Summe, die der Verband zur Unterstützung der ausgesperrten Tabakarbeiter an die Generalkommission abgeführt hat, aus der Lokalkasse anstatt durch Ertragsbeiträge zu decken, fand gleichfalls die Annahme.

**Berlin.** Aus dem Betriebe der städtischen Straßenreinigung wird uns folgendes mitgeteilt: „Der jugendliche Arbeiter M., der über fünf Jahre im Betriebe der Straßenreinigung beschäftigt war, wurde entlassen. Das wäre an und für sich nichts Besonderes; aber mit welcher Eile es die Direktion tat, das muß doch mal zur Sprache gebracht werden. Der Arbeiter M. erkrankte Ende Dezember und kam am 5. Januar nach dem Strafenhause zur Operation. Am 6. Januar, dem Tage der Operation, kam schon ein Arbeiter von der Direktion und brachte die Papiere resp. die Entlassung, wurde aber von der Oberstaubeier abgewiesen. Am folgenden Tage, am 7. Januar, kam wieder ein anderer Arbeiter, und dieser hatte das zweifelhafte „Glück“, dem schwerkranken M. die Entlassungspapiere überreichen zu können. Am 10. Januar, also bereits drei Tage später starb der Entlassene. Da muß man denn doch fragen: War es notwendig, daß man einem auf den Tod kranken Arbeiter die Entlassung nach dem Krankenhause sendet? Das muß ganz entschieden mit nein beantwortet werden. Eine städtische Verwaltung sollte doch so viel Menschlichkeit besitzen und abwarten, bis der Kranke so weit hergestellt ist, daß er ohne Schaden für den Genesungsprozess die Entlassung entgegennehmen kann. Die Art, wie man es bei dem Arbeiter M. gemacht hat, muß einen Kranken derart erregen, daß schließlich eine Verschlimmerung seines Krankheits aber gar das Schlimmste die Folge ist.“

**Bremen.** Schon seit längerer Zeit scheinen sich bei der Straßenreinigung unliebbare Saden einbürgern zu wollen. Zu mehreren Versammlungen wurden schwere Angriffe gegen einige Vorgesetzte erhoben, die sich erlauben, ihre Untergebenen geradezu als Vieh zu behandeln. Besonders ist es ein Hilfsaufseher Meier, dem es nicht darauf ankommt, ein paar Reute weniger oder mehr aus der Arbeit zu helfen. Natürlich steigt sein Ansehen bei der Verwaltung in dem Maße, daß Verschiedenen von seinen Arbeiter überhaupt nicht entgegengenommen werden. In den meisten Fällen bekommt der Arbeiter seine Entlassung. Auch jetzt wieder sind drei Kollegen ohne weiteres als „faule Elemente“ und somit andere schöne Viehstungen betitelt worden. Wollen sich nun die Arbeiter solche Anpöbelungen nicht gefallen lassen, so sieht ihnen kein anderer Weg offen, als zu kündigen. Versucht es dennoch jemand, den Vorgesetzten zu widersprechen, so wird er, wie es der Fall Theilmann zeigt, ohne daß der Hilfsaufseher ein Recht dazu hat, nach Hause geschickt. Aber auch der Inspektor Freitag billigt das Vorgehen der Vorgesetzten, ja, er geht sogar noch weiter. Als T. den Inspektor ermahnte, ihn nach einem anderen Depot zu versetzen, damit er von der Fuchtel des Hilfsaufsehers Meier ent-

fernt werde, meinte der Inspektor ganz gelassen: „Mein Hilfsaufseher Meier ist ein tüchtiger Vorgesetzter.“ — T., der jetzt krank ist, wurde erklärt, wenn er wieder gesund wäre und arbeiten könnte, sei der erste Beschäftigungstag auch der Anfang der Kündigung. Also so spielt man mit dem Arbeiter, der sein Recht verteidigen will und Anpöbelungen von seiten der Vorgesetzten von sich abzuschütteln versucht. Ohne weiteres werden sich die Kollegen der Straßenreinigung diese Schikantierungen jedoch nicht gefallen lassen dürfen. Die ersten Schritte hat nun auch der Arbeiterausschuß unternommen, um endlich mal klare Antwort von der Verwaltung zu bekommen, was sie zu tun gedenkt gegen die Uebergriffe einzelner Vorgesetzter. Nebenbei soll nicht vergessen werden, daß der Hilfsaufseher Meier sich rühmen kann, mindestens schon 70 bis 80 Kollegen aufs Filialer gesetzt zu haben. Aber auch andere Vorgesetzte, vornehmlich die „Militärs“, erlauben sich, freie vernünftige Arbeiter als Rekruten zu behandeln. Ja, wenn die Arbeiter stramm ständen, wie es diese Herren aus der guten alten Zeit gewohnt sind, dann ließe sich wohl mit ihnen reden, aber so; natürlich ein freidenkender Arbeiter macht so was nicht mit. Darum müssen sie auch als Rekruten behandelt werden. Ziel es doch einem Vorgesetzten ein, einen Fahrer viermal seine Pferde ab und vor den Wagen spannen zu lassen, ganz nach Rekrutenmanier. Vor dem Bezahlen von Ueberstunden, die gemacht worden sind, will man sich auch drücken. In einem Falle wollte ein Vorgesetzter die an mehreren Abenden länger gearbeitete Zeit als ein ganzes zusammenrechnen, um so den Arbeiter um seine in Wirklichkeit verdienten Ueberstunden zu drücken. Kollegen, man sieht, hier reichen Mißhände ein, die wir uns nicht gefallen lassen können. Schon manches ist im Stillen erlidiat worden, aber endlich muß auch alle Geduld reifen, wenn man versucht, uns als Sklaven und nicht als Menschen zu behandeln. Aber auch die Straßenreinigungsverwaltung mag auf der Hut sein, damit nicht eines Tages das Sprichwort wahr wird: „Wer Wind säet, wird Sturm ernten!“

**Colmar.** Am 20. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Gauleiter Bürker gab eine Ueberlicht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1911, speziell auch über die Entwicklung unseres Verbandes und des Gauces Elsass-Lothringen. Was unsere hiesigen Filialverhältnisse anbelangt, so haben dieselben zwar eine leichte Besserung erfahren, aber sie waren nicht derartig, daß auf die Stadtverwaltung ein besonderer Einfluß hätte ausgeübt werden können. Zu verurteilen ist ganz besonders, daß die Arbeiter des Bauamts aus lauter Gefälligkeit gegen ihre Vorgesetzten einen Klümbimverein gegründet haben, der ohne sichtbaren Zweck und Nutzen Zersplitterung unter die städtischen Arbeiter bringt. Der Massenbestand ist von 8,01 auf 27,70 M., die Mitgliederzahl von 14 auf 28 gestiegen, so daß bei ernsthafter Arbeit Doffnung auf eine weitere Vermehrung besteht werden darf. Kollege Kauffmann ergänzte diese Ausführungen. Die Neuwahl der Krisenverwaltung ergab: Leo Kauffmann als 1. Vorsitzenden, Daber Korn, Kassierer, Wütterlin, Schriftführer.

**Deßau.** In der Mitgliederversammlung vom 25. Januar im „Tivoli“ fand die Neuwahl der Filialleitung statt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Ref. als ständiger Vertreter und als Schriftführer B. Reitel gewählt. Zugleich erfolgte die Wahl von zwei Delegierten zum Gewerkschaftskartell und von zwei Delegierten zur Gaukonferenz. Es wurde beschlossen, ein Winterfest zum 9. März d. J. zu veranstalten, wogu ein Festkomitee von acht Mitgliedern gewählt wurde.

**Freiberg (Sachsen).** Die Generalversammlung vom 14. Januar war gut besucht. Der Vorsitzende berichtete über die wichtigsten Vorfallmomente des verfloßenen Jahres, worauf der Kassierer die Jahresabrechnung bekannt gab. Es bleibt demnach am Jahres-schluß ein Bestand von 311,87 M. Die Mitgliederzahl stieg auf 84 gegen 57 zum Jahresbeginn. Auf Grund der im Jahre verkauften 343 Vertragsmarken ergibt sich im Jahresdurchschnitt eine Mitgliederzahl von 67. Bei den hierauf erfolgten Neuwahlen zum Filialvorstand wählte man die bisherigen Kollegen wieder. Dann beschloß die Versammlung, den Betrag für die ausgeschriebene Ertragssteuer für die ausgesperrten Tabakarbeiter aus der Filialkasse zu tragen und keine Extramarken zu Heben. Dierauf verwies Kollege Pfeiler auf die große Bedeutung, welche der Ausfall der Herbsttagewahlen für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat, indem er auf die Bestrebungen der Schwafmader auf angelegte Regelung — besser aber Einigung — des Koalitionsrechtes aufmerksam machte.

**Freiburg i. Br.** Am 13. Januar fand unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Vorsitzender Doffmann erläuterte den Rechenschaftsbericht. Unter anderem wurden vier größere Eingaben gemacht: im Februar eine um Verbehaltung der neunmündigen Arbeitszeit über den Sommer und Vereitigung des Unterschieds zwischen den wenigen städtischen und den Stadtarbeitern; im April eine größere Vorlage für den Arbeiterausfluß; im September eine umfangreiche Vorlage zur Erreichung einer besseren Arbeitsordnung für die Theaterarbeiter und im Oktober eine Denkschrift um Einführung der neunmündigen Arbeitszeit und Feuerungszulage. Zur die Arbeiter der Straßenbahnwerkstätte

wurde die Einreihung in eine höhere Lohnklasse erreicht und damit endlich eine seit drei Jahren schwebende Forderung durchgeführt. Die Maschinen und Heizer erhielten ebenfalls die achtstündige Arbeitszeit. Am besten schnitten die Theaterarbeiter ab, welche Lohnerböhrungen von 8—24 Mk. monatlich, achtstägigen Urlaub und eine Reihe weiterer freier Tage sowie Verköstigungszulagen erreichten. Weiter ist nach Mitteilungen des Bürgermeisters eine Lohnregelung in Bearbeitung, welche im Laufe des Frühjahrs perfekt und womöglich rückwirkend bis 1. Januar gehalten werden soll. An Arbeit hat es also nicht gefehlt, aber auch die Erfolge sind nicht ausgeblieben. Den Kassenbericht erstattete Kollege Sagenmayer. Danach ist der Kassenbestand im Laufe des Jahres von 834,62 Mk. auf 1105,80 Mk., also um 331,18 Mk. gestiegen. Die Mitgliederzahl betrug im Januar 1911: 273 männliche, 16 weibliche, im Januar 1912: 293 männliche, 12 weibliche, zusammen also 305 Mitglieder, was eine Zunahme von 16 Mitgliedern bedeutet. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß im 3. und 4. Quartal 1910 über 220 Mitglieder gewonnen wurden, welcher Beststand erst beseitigt werden mußte. Weiter ist auch das Verhältnis der zahlenden Mitglieder ein ungünstigeres geworden, so daß nur wenig Retanten vorhanden sind. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt und weiter einem Antrag Mayer zugestimmt, welcher die Entschädigung der Ortsverwaltungsmitglieder regelt. Die Neuwahl ergab: Hoffmann als 1. Vorsitzenden, Sagenmayer als 1. Kassierer, Kurrh als 1. Schriftführer. Mit einem kräftigen Appell, auch im neuen Geschäftsjahr kräftig für die Ausbreitung der Organisation und die Durchsetzung unserer Anträge zu wirken, erreichte die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

**Gera.** Unsere Filiale hielt am 14. Januar ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und teilte mit, daß die Mitglieder von 105 auf 144 gestiegen sind. Der Filialkassierer gab den Bericht vom 4. Quartal. Daraus war zu ersehen, daß die Filialkasse eine Gesamteinnahme von 1290,30 Mk. und eine Ausgabe von 225,55 Mk. hatte. An die Hauptkasse wurden gefandt in Leistungen 202,34 Mk., in bar 273,93 Mk. Es bleibt ein Bestand von 555,51 Mk. Nach erfolgter Neuwahl des Filialvorstandes machte der Vorsitzende noch bekannt, daß wir für die ausgesperrten Tabakarbeiter einen Extrabeitrag von 20 Pf. ausschreiben, was einstimmig angenommen wurde.

**Halle a. S.** In der Generalversammlung vom 20. Januar gab Kollege Müller den Kassenbericht vom vierten Quartal. Die Einnahme beträgt 1575,04 Mk., die Ausgabe der Filiale 479,54 Mk. An den Hauptvorstand wurden 697,04 Mk. gefandt, bleibt 898,40 Mk. Bestand. Den Geschäftsbericht betrug am Ende des Jahres 214. Die Wahl des Vorstandes ergab: Lorenz Vorsitzender, Müller Kassierer, Paad Schriftführer. Auf Grund des Rundschreibens vom Vorstand wurde beschlossen, zur Unterstützung der ausgesperrten Tabakarbeiter einen Extrabeitrag von 20 Pf. zu erheben. Für die Arbeiteramariterkolonne wurden 5 Mk. bewilligt. Auf Anfrage des Vorsitzenden wurde festgesetzt, daß die Straßenreinigungslöhne teilweise um 1 bis 2 Pf. pro Stunde erhöht wurden.

**Kaiserslautern.** In der Generalversammlung vom 10. Januar gab der Vorsitzende den Jahresbericht von 1911. Er kritisierte dabei die Verschlechterungen, welche die neue Arbeitsordnung mit sich brachte und worüber wir bereits in Nr. 34, Jahrg. 1911, berichteten. Unsere dagegen eingereichten Forderungen sind vom Stadtrat abgelehnt worden. Der Kassenbericht ergab eine Gesamteinnahme von 1365,74 Mk., der eine Gesamtausgabe von 850,48 Mk. gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt 515,26 Mk. Die Wahl des Vorstandes ergab: A. Kempf, Vorsitzender, M. Heil, Kassierer und Joh. Klinge, Schriftführer. Mit einem Appell an die Versammelten, im laufenden Jahre eine recht rege Agitation zur Ausbreitung des Verbandes zu entfalten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Kiel.** Am 21. Januar tagte unsere Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Anwesend waren ca. 80 Mitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Staak in üblicher Weise gelehrt. Aufgenommen wurden 10 Kollegen. Der Extrabeitrag von 20 Pf. pro Mitglied, für die ausgesperrten Tabakarbeiter, wurde aus der Lokalkasse bewilligt. Vom Kassierer wurde die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelegt. Die Einnahme betrug 6593,79 Mk., die Ausgabe 2900,25 Mk., bleibt Kassenbestand 3693,54 Mk. Er hat sich im 4. Quartal also um 843,45 Mk. gehöhert. Sodann wurde die Jahresabrechnung vorgelegt, welche eine Gesamteinnahme der Filiale von 13983,90 Mk. aufwies. Davon sind ausgegeben in der Filiale 3991,50 Mk. und an die Hauptkasse 6298,40 Mk. gefandt. Der Kassenbestand hat sich gegen das Vorjahr um 558,49 Mk. gehoben. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1910: 390, am Schlusse von 1911: 461. Daraus erstattete Kollege Spahr den Jahresbericht. Er verwies auf die Tätigkeit des Vorstandes sowie Arbeiterausschusses und die erfreulichen Fortschritte der Filiale. Die Neuwahl des Vorstandes ergab:

Vorsitzende die Koll. Spahr und S. Barweg, Kassierer C. Glup, Schriftführer Dr. Vehrens. Ebenso wurden die Kartelldelegierten gewählt. Am „Verschiedenen“ wurden die Anwesenden aufgefordert, die Betriebsversammlungen sowie unsere Verbanderversammlungen besser wie bisher zu besuchen und in eine tatkräftige Agitation einzutreten, damit wir am Schlusse des Jahres wieder einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen haben.

**Leipzig.** In der Generalversammlung vom 19. Januar wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder Süßlich und Dietrich in der üblichen Weise gelehrt. Der Geschäftsbericht, der in seinem Zahlenergebnis gedruckt vorliegt, läßt auch für das Jahr 1911 einen erfreulichen Fortschritt erkennen, sowohl in finanzieller Hinsicht, wie auch in bezug auf Mitgliederzuwachs, der sich im Berichtsjahr auf rund 300 beziffert. 1400 Mitglieder bilden die Mehrheit der städtischen Arbeiter gegenwärtig. Doch gibt es noch verschiedene dunkle Stellen, in die die Organisation noch hineindringen muß. An Bewegungen von Wichtigkeit sind hervorzuheben: die der Gewerkschafter um Abänderung der Bestimmungen für die Arbeiterschiedsrichter, die in einer Eingabe an die Stadtverordneten zum Abschluß gelangte und von diesen am 27. September in der bekannten arbeitserfindlichen Weise durch Beschluß dem Räte zur Kenntnisnahme, nicht aber zur Berücksichtigung, überwiesen wurde. Die weitere um Gewährung einer Feuerungszulage, die in der einseitigen Weise vom Räte zur Durchführung gebracht wurde, wo die Ledigen und Verheirateten ohne Kinder vollständig leer ausgingen. Der Kampf in verschiedenen Ressorts um die 8stündige Arbeitszeit, um Einführung von Wochenlöhnen, beides Bewegungen, die voraussichtlich in diesem Jahre zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden können, wenn das große Reformwerk der Lohnordnung, das seit langem in Aussicht gestellt ist, zum Abschluß gebracht sein wird. Die Lohnfrage mußte der bekannten Sparpolitik des Rates wegen in den verschiedenen Ressorts wiederholt in den Vordergrund gestellt werden und ist auch teilweise von Erfolgen begleitet gewesen. Dem Kapitel Betriebsmängel und unwürdige Behandlung der Arbeiter durch Vorgesetzte mußten wir auch leider in verschiedenen Fällen unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Den Arbeiterausschüssen, die sich fast durchweg aus organisierten Arbeitern zusammensetzen, galt es, in den verschiedenen Fragen von der Organisation aufklärend zur Seite zu stehen. Auch die Frage der Sommerferien mußte in verschiedenen Ressorts in verbesserterem Sinne zum Gegenstand des Vorgehens gemacht werden. Der Fortschritt läßt sich am besten durch einen Vergleich mit dem Vorjahr ermessen. So wurden im Vorjahr 3555,27 Mk. in diesem 4779,08 Mk. für Unterstützung ausgegeben. Die Gesamteinnahme im Vorjahr betrug 23400,57 Mk., in diesem Jahr 31339,39 Mk. Der Markenverkauf bezifferte sich 1910 auf 46744, 1911 auf 63977 Stüd. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Die bisherige Filialleitung wurde bis auf einen Kollegen, der freiwillig ausstieg, wieder, und die Kollegen Hönke und Kallweit neu hinzugewählt. Zur Konferenz in Jena am 25. Februar wurden die Kollegen Berger, Pessel und Schuchardt delegiert.

**Wörrach.** Am 14. Januar fand in der „Palme“ unsere Generalversammlung statt. Kollege Fiebler und Gausleiter Würker erstatteten den Rechenschaftsbericht vom Jahr 1911. Die Anfang des Jahres stattgefundenen Maßregelungen des Kollegen Woll hat für die Filiale keine nachteiligen Folgen gebracht, dagegen haben sich die Kollegen vom Gauamt etwas mehr angegeschlossen. Unsere Eingabe vom Juni des Jahres 1911 hat erfreuliche Verbesserungen bezüglich des Lohnes, der Arbeitszeit und Ausdehnung der Differenzengräberung gebracht, so daß die Arbeitsordnung jetzt nicht unwesentlich verbessert ist. Auch der Kassenbericht des Kollegen Würtz ergab ein erfreuliches Bild. Der Kassenbestand stieg von 126,83 auf 176,28 Mk., nahm also um rund 50 Mk. zu. Die Mitgliederzahl stieg bei 14 Eintrittten und 11 Austritten von 28 auf 31 Mitglieder. Da etwa 36—40 Arbeiter beschäftigt sind, muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, daß die Organisation eine lückenlose wird. Als Vorsitzender wurde Kollege Fiebler, als Kassierer und Woll als Schriftführer gewählt. Mit dem Beschluß, in nächster Zeit auch die Kollegen von Siedingen und Schopheim aufzusuchen, um sie für den Verband zu gewinnen, fand die gut und sachlich verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Magdeburg.** Am 20. Januar fand bei Lichtfeld die ordentliche Generalversammlung statt. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Schmidt und Nidodemus ehrte man in üblicher Weise. Der vom Hauptvorstand ausgeschriebene Extrabeitrag von 20 Pf. für die ausgesperrten Tabakarbeiter wurde einstimmig bewilligt. Kollege Förster gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1911. Eine Einnahme von 3876,76 Mk. steht eine Ausgabe von 2170,28 Mk. gegenüber. An Krankenunterstützung wurde 545 Mk. an Arbeitslosen 73 Mk., für Streiks 82,50 Mk., in besonderen Fällen 30 Mk., Sterbefälle 315 Mk., als Weihnachtsgattifikationen für Invaliden und Arbeitslose 147,50 Mk. ausgezahlt. Am Ende des 3. Quartals war ein Mitgliederbestand von 558, am Ende des 4. Quartals 586 zu verzeichnen. Im Anschluß an die Quartalsabrechnung brachte Förster die Jahresabrechnung 1911. Die Einnahmen betragen 12431,30 Mk., die Ausgaben 11765,32 Mk. An Unter-

stärkungen wurden insgesamt 3914,16 Mk. ausbezahlt. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1910 517, am 1. Januar 1912 586. Den Geschäftsbericht gab Kollege Strunk. Viel Arbeit sei noch zu verrichten. Im Gau Magdeburg ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Bei Errichtung des Gaubureaus im September 1907 hatten wir 387, am Schlusse dieses Jahres 950 Mitglieder. Zum Geschäftsbericht sprachen die Kollegen Stierwald, Richter, Jäger und Peters. Dem Kassierer wurde Rechnung erstattet. Der Antrag Wodewig, die Delegiertenwahl zu der am 31. März tagenden Gaufonferenz in Wernigerode in der Februarversammlung zu erledigen, wurde angenommen. Ein jeder müsse aber dann dafür sorgen, daß alle Kollegen vertreten sind.

**Mannheim.** Am 21. Januar tagte die ordentliche Generalversammlung. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß das abgelaufene Geschäftsjahr wieder einen schönen Schritt vorwärts bedeutet. So wurde eine Neuregelung der Löhne durchgeführt, die nennliche Verbesserungen brachte. Wenn auch nicht alle Wünsche berücksichtigt wurden, so kann man doch im allgemeinen zufrieden sein. Alle die Parteien, die sich durch die Neugestaltung der Löhne mit eingeschlichen haben, und auch sonstige Mißstände wurden in einer Plenarsitzung auf dem Matauße vom Gesamtarbeiterausschuß vorgebracht. Der Stadtrat hat dann auch, um sie einigermaßen zu befriedigen, auf eine Eingabe des Gesamtarbeiterausschusses neue Anwendungen in letzter Zeit bewilligt. Die Neuwahl des Gesamtarbeiterausschusses auf Grundlage des Proportionalwahlprinzips hat sich gut bewährt. Die Anstellung eines Ortsbeamten hat eine Vertragserhöhung zur Folge gehabt. Aus der Jahresabrechnung ist zu ersehen, daß trotz der Depotschiffäre die Massenerhältnisse gute zu nennen sind. Der Mitgliederstand ist ebenfalls ein erfreulicher. Das weniger rasche Anwachsen der Mitglieder in letzter Zeit erklärt sich daraus, daß von 1300 beschäftigten Arbeitern nahezu 1100 freigewerkschaftlich organisiert sind und die jetzt noch fernstehenden den Nutzen des gemeinschaftlichen Zusammenstehens immer noch nicht begriffen haben und somit schwer zur Vernunft zu bewegen sind. Aus der Neuwahl ist zu entnehmen, daß die Kollegen M. Stark zum 1. Vorsitzenden, A. Decker zum 1. Schriftführer gewählt wurden. Zu „Verschiedenem“ sei noch bemerkt, daß für die ausgeperrt gebliebenen Tabakarbeiter der Betrag von 200 Mk. aus der Filialkasse bestritten wird.

**Mannheim.** „Internes aus dem Mannheimer Straßenbahndepot“ bezieht sich das Gesindel eines unentwegten Lokalfisten in der „Einigkeit“. Dieser edlen Seele hat unser Bericht in der „Gewerkschaft“ über die Arbeiterauswahlwahl dermaßen Leidensmerzen verursacht, daß er die große Klappe sperrangelweit aufreißt, um seinen Schmerzentscheidungen Luft zu verschaffen. Welcher Mist hatel er zulage gefördert wird, ersehen die Kollegen aus folgenden Worten, die wir niedriger hängen, damit sie angesichts der geringen Verbreitung der „Einigkeit“ auch weiteren Kreisen zugänglich sind: „Da sind zunächst die Depotarbeiter wohldefinierte unerschuldige Schächeln“, unter die der „lumpige Lokalist als verdächtig“ geraten ist. Wir haben dieser Selbsteinbildung des Herrn Lokalfisten nichts hinzuzufügen, und die Depotarbeiter werden ja auch schon selbst beurteilen können, wie wenig Ansehen sie als „Dammelherde“ bei dem Lokalfisten genießen. Der ganze Satz des Lokalfisten wendet sich gegen „jene Hundeseele von Periklitist“, der den Bericht für „Die Gewerkschaft“ geschrieben oder, wie der Herr Lokalist sehr anmutig sagt: „eine gewaltige Portion gebundener Gerbiäre abgeladen hat“. Der „entworfene Soldat“, dessen sozialdemokratisches Hirn vom Wahlkoller „verleistet“ ist, versteht natürlich als ein „an Wehnererichtung erkrankter Vong“ gar nichts und wartet darauf, daß „Gott“, „der ihn gab ein Amt — auch gibt den Verstand“. Dabei verbricht der Lokalist gleich darauf folgende tiefgründige Weisheit: Ein überzeugter Sozialist und Lokalist wird sich an einem Fabrik- oder Werkstättenparlament nicht beteiligen, noch sich wählen lassen, denn unter den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen kann ein Arbeiterauschuß für die vitalen Interessen seiner Nebenarbeiter nicht eintreten. Das ist Sache des einzelnen und damit der organisierten Gesamtarbeiter.“ Warum also die Bemühungen, eine Gegenliste aufzustellen? Am übrigen sind es nicht allein die prinzipiellen Bedenken, die den Lokalfisten veranlassen, sich nicht wählen zu lassen, sondern vor allem die Tatsache, daß ihn kein vernünftiger Mensch wählen würde, dann aber auch die Feigheit, die es nicht wagt, Arbeiterinteressen den Vorgesetzten gegenüber zu vertreten. Die Lokalfisten müßten erst einmal beweisen, daß sie den Vorgesetzten gegenüber denselben Mut haben wie ihren organisierten Mitarbeiter gegenüber. Anstatt auf die Arbeiterbewegung zu schimpfen, sollten sie einmal mit derselben Energie den Unternehmern entgegenzutreten. Aber dazu reicht's eben nicht. Der lokalfistische Artikelreiber wirt dann ferner unserem Periklitist, dem „Pruder in Christo mit seinen Maulnapfen“, wie er ihn zu nennen beliebt, Unwahrhaftigkeit vor, weil er als Wahlrecht hat 87 Stimmen für die Freigewerkschaften und 39 für den als schwarz-blauen Muddelmuddel angibt. Und worin besteht diese Unwahrhaftigkeit? Einfach darin, daß vier weiße und ein un-

gültiger Zettel außerdem noch abgeben wurden und daß — o höre und laune — lieber Leser — 76 Mann nicht gewählt haben. Diese Nichtwähler reklamiert der Lokalist nach Art unserer Nationalen und Staatskandidaten“ für die Lokalfisten — großartig. — Herrlich ist der Schluß des lokalfistischen Zuderkartells. Hier ist er in seiner ganzen unberaldischen Schönheit: „Ja, mein lieber, roter Zersorger, wenn die Arbeiter ihre Vernunft brauchten und logisch denken würden, dann würden sie einen Akt der Humanität begehen, nämlich dir und deinesgleichen den längst und zwar ausgiebig verdienten Tritt an dem Hockerteil geben, der sonst meist nur zum Sitzen benagt wird. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo das wirkliche Proletariat sich auf sich selbst bekennt und auch Pharisäer und feigen Mamelucken zum Tempel hinausjagt. Soviel für dieses Mal, und wenn der Schreiber weiter das Bedürfnis hat, in der „Gewerkschaft“, Organ des Gemeinde- u. v. v. Verbandes, seine Exkremente abzuladen, so soll uns das freuen. Wir werden nicht ermanqeln, ihn mit seiner Hundeseule solange darin herumzustoßen, bis der Durschstrubenrein ist.“ — Jeder Kommentar würde diesen Erguß nur abschwächen. Interessant dürfte aber sein, daß im gleichen Artikel das bei den Lokalfisten übliche Herunterreißen der Gewerkschaftsangehörigen als „alte Martoffelsalle und alter Lebensbiter“ bezeichnet wird. Unsere Kollegen können daraus ersehen, was unverständige Theorien, gepaart mit Größenwahn, in einem menschlichen Gehirn für Anheil anrichten können.

**Martitz.** Am 4. Januar fand die Generalversammlung der Filiale statt. Gauleiter Bürker erstattete den Jahresbericht. Im Laufe des Jahres haben sich, gedrängt durch ihre geradezu miserablen Löhne, auch die wenigsten vollarbeitfähigen Arbeiter des Stadtbauamtes angeschlossen. In Eingaben schreibt noch diejenige vom 8. August 1910 um Einführung einer Alters- und Rentenversicherung und im Oktober vorigen Jahres wurde ein Antrag auf Feuerungszulage gestellt. Der Bürgermeister verschleppt jedoch beide Anträge gesichtlich, so daß in diesem Jahr einmal die Öffentlichkeit in weitestem Maße in Anspruch genommen werden muß. Genosse André gab den Massenbericht. Danach betrug der Massenbestand am Schlusse des letzten Jahres 79,07 Mk., jetzt 183,10 Mk., ist also um 104,33 Mk. gestiegen. Die Mitgliederzahl betrug 13, eingetreten sind 11, ausgetreten 1, bleiben mithin 23 Mitglieder. In die Ortsverwaltung wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt und zwar unter anderem André als Geschäftsführer und Kassierer, Sieffermann als Vorsitzender, Gerber als Schriftführer. Mit einem Ueberblick über das Wachstum der gesamten Gewerkschaftsbewegung, speziell auch unseres Verbandes, und dem Appell, im neuen Geschäftsjahr kräftig für unsere schwebenden Forderungen einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Mittweida.** Die Generalversammlung am 18. Januar konnte besser besucht sein. Der Gauleiter Preißler berichtete über das verlossene Jahr. Tann gab der Kassierer den Massenbericht. Die Revisoren betätigten die Nichtigkeit. Die Mitgliederzahl betragt 40, zum Jahresbeginn 1911 waren es nur 15. Die Mitgliederzunahme hat uns das Vorant gebracht. Die hierauf erfolgenden Neuwahlen gingen glatt vonstatten. Tann wurde beschlossen, die ausgeübte Extratreuer für die Tabakarbeiter auf die Filialkasse zu übernehmen. Ein Kollege vom Gaswerk regte an, in eine Lohnbewegung beim Gaswerk einzutreten. Die Versammlung war nicht abgeneigt; ehe das aber geschehen kann, muß erst der Organisationsstand im Gaswerk bedeutend besser werden. Es soll deshalb in nächster Zeit für die Gasarbeiter eine ganz besondere Agitation entfaltet werden, damit mit Aussicht auf Erfolg in die Lohnbewegung eingetreten werden kann.

**Regensburg.** Am 13. Januar hielt unsere Filiale ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer Grünauer gab den Jahresbericht von 1911. Die Gesamteinnahmen betragen 1657,90 Mark, die Gesamtausgaben für die Hauptkasse 657 Mk. Davon waren Arbeitslosenunterstützung 66 Mk., Krankenunterstützung 486 Mk., Steuerbehold 105 Mk. Die Ausgaben der Filialkasse beziffern sich auf 404,62 Mk. An den Hauptvorstand wurden in bar 589,78 Mk. geschickt. Der Lokalfistenbestand betragt 228,65 Mk. Die Neuwahl des Ausschusses hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Math. Maab, Kassierer Jos. Grünauer, Schriftführer Jos. Jollitsch. Genosse Burgau gab hierauf einige Aufklärungen zur bevorstehenden Landtagswahl und erteilte für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

**Stettin.** Unsere Filiale hielt am 21. Januar bei Splieter ihre Generalversammlung ab, die sich mit der Neuwahl des gesamten Vorstandes beschäftigte. Gewählt wurden unter anderem als Vorsitzender Grelaf, als Kassierer Schmidt, als Schriftführer Marow. Weiter wurde der Massenbericht vom 4. Quartal erstattet und von den Revisoren als richtig anerkannt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Tann beschäftigte sich die Versammlung mit wichtigen Agitationsangelegenheiten und dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Die Mitgliederzahl betrug 611 von 1531 Beschäftigten. Es bedarf also noch einer kräftigen Agitation.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Ein sonderbares Mißverständnis. Die „Metallarbeiterzeitung“ berichtet in ihrer Nr. 3 über unsere Jubiläumsummer der 50000. Wir hatten bekanntlich unter anderem geschrieben: „Die einstmals so arg bekämpfte Industrieorganisation ist inzwischen zur „Moderkrantheit“ geworden, die Konzentrationen, Vereinigungen setzen sich auch weiterhin fort und da will man den Gemeindefreiwirtschaftlern dauernd mit dem Hamburger Ausnahmengesetz (Grenzstreitigkeitsresolution) kommen und das von uns mühsam und mit vielen Opfern Aufgebaute gefährden?“ — Dazu schreibt nun die „Metallarbeiterzeitung“: „Das ist doch eine reichlich einseitige Darstellung der Sachlage, wenn man etwas, was sich mit unabwendbarer Notwendigkeit im Gewerkschaftswesen vollzieht, so leichten Herzens als „Moderkrantheit“ bezeichnet. Ueber die Bestrebungen der Führer des Gemeindefreiwirtschaftlerverbandes ist sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen.“ — Das ist denn doch so ziemlich alles, was sein kann! Wiederholt haben wir an leitender Stelle wie auch anderswo den Gedanken der Industrieorganisation als notwendige Entwicklungstufe der deutschen Gewerkschaften bezeichnet und wenn wir nun in Gänsefüßchen das Wort **Bringmanns** im „Zimmerer“ von der „Moderkrantheit“ ironisch zitierten, so muß jeder objektive und aufmerksame Leser daraus wie aus dem ganzen Zusammenhang entnehmen, daß wir diese Entwicklung zur Industrieorganisation freudig begrüßen, unbeschadet unserer besonderen Stellungnahme der Gewerkschaften für die Kommunal- und Staatsbetriebe, die ja im gleichen Entwicklungszuge liegt! Schon vor nahezu drei Jahren, vor unserem 5. Verbandstag, erbraunen wir den **Kattweis** („Gewerkschaft“ Nr. 21 1909), daß wir der Verband der städtischen Industrien (also auch Industrieorganisation) sind, und die Entwicklung gerade des Metallarbeiterverbandes weist unseres Erachtens so verwandte Züge mit unserer Eigenart auf, daß man von jener Seite am allerwenigsten Veranlassung hätte, mit uns in Rede zu geraten. Sei es drum! Nur soll man, wenn schon Polemiken gewünscht werden, sich nicht so untauglicher Mittel bedienen, nämlich: uns Anschauungen unterstellen, die wir nie in mehr als 10-jährig publizistischer und sonstiger gewerkschaftlicher Tätigkeit vertreten haben. — Was schließlich den letzten Satz von den „Bestrebungen der Führer des Gemeindefreiwirtschaftlerverbandes“ anbelangt, so möge man sich nur seinen Illusionen hingeben: Unsere Kollegen, die nahezu 50 000 Mitglieder unseres Verbandes, sind mit diesen Bestrebungen ihrer Führer so sehr einverstanden, wie wir es den „Bestrebungen der Führer des Metallarbeiterverbandes“ nur immer wünschen können.

Ein abgetaner Reichsverbandsschwindel. Der „Reichsbote“ und andere vom Reichsverband verfertigte Blätter brachten vor einiger Zeit die Geschichte eines Arbeiters, der sich im Laufe von fünfzehn Jahren durch sein Fernbleiben von der Arbeiterbewegung 4413 Mk. erspart und dadurch in den Stand gesetzt sein wollte, sich ein Häuschen mit Garten kaufen zu können. Der Holzarbeiterverband hat nun festgestellt, daß es sich dabei um Phantastiegefahren handelt, bei denen alles Mögliche und Unmögliche zusammengerechnet wurde, um die Ausgaben für die Arbeiterbewegung recht hoch erscheinen zu lassen. Diesem Exempel haben die Holzarbeiter eine Aufstellung der Ausgaben gegenübergestellt, die von den Mitgliedern in den letzten 15 Jahren, von 1896-1910 für den Verband geleistet wurden. Es hat danach im Durchschnitt jedes Verbandsmitglied gezahlt: Verbandsbeiträge 226,35 Mk., Ertragsbeiträge 18,55 Mk., also direkte Ausgaben in 15 Jahren 244,90 Mk. Dazu die Gehaltslosen bei Versammlungen, sagen wir 26 Versammlungen a 30 Pf., so ergibt das im Jahre 7,80 Mk. oder in 15 Jahren 117 Mark. Davon sind abgezogen 134,33 Mk., welche die Mitglieder durch Unterstüpfungen an ihrem Gelde zurückhalten haben. Es verbleiben demnach für die 15 Jahre nur noch 110,87 Mk. direkte Ausgaben, das macht pro Jahr 7,39 Mk. und wenn man die Zehne lösen für Versammlungen dazu rechnet, eine Jahresausgabe von 15,19 Mk. Nun ist aber zu berechnen, was den Mitgliedern an Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung durch den Verband erungen wurde. Nach der Verbandsstatistik wurden von 1893-1906 im Durchschnitt eine Arbeitszeitverkürzung von 4½ Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 300 Mk. pro Jahr und Holzarbeiter erreicht. Seit 1906 sind aber mit Hilfe des Verbandes weitere Verbesserungen durchgesetzt worden. So gelang es von 1906 bis 1910, für 129 781 Holzarbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,2 Stunden durchzusetzen und für 215 472 Kollegen eine Lohnerhöhung von 85 Mk. im Jahre zu erobern. Das war für 195 539 Kollegen möglich, ohne durch Arbeitszeiteinstellung zu besonderen Opfern gezwungen zu sein. Aber auch der Teil der Kollegen, der zur Arbeitszeiteinstellung greifen mußte, hat dabei noch keine Rechnung gefunden. So waren im Jahre 1910 23 467 Kollegen an

Streiks und Ausperrungen beteiligt. Sie hatten einen Lohnausfall von 1 930 697 Mk. Davon wurden durch Streikunterstützung vergütet 1 204 043 Mk., so daß noch ein Verlust von 726 654 Mk. verbleibt. Diesem Verlust steht aber der Gewinn an Lohnerhöhung gegenüber und dieser beträgt für ein Jahr 2 048 891 Mk. Dazu die Erfolge, die 70 487 Kollegen bei Lohnbewegungen ohne Streik erreichten, ergibt nach Abzug obigen Verlustes eine Summe von 7 633 577 Mk., die den Kollegen zufließen. Das wurde erreicht durch die Opferwilligkeit und den Zusammenhalt. Reibliche günstige Resultate weisen auch die anderen Verbände ab, ebenso unsere Organisation. Alles Gerede von der Ausbeutung der Arbeiter durch die Gewerkschaftskassen ist purer Schwindel.

Der Verband der Bäcker und Konditoren hatte im Jahre 1911 eine ganze Reihe von Lohnkämpfen zu führen, die seinen Mitgliedern gute Erfolge brachten. Bemerkenswert ist, daß vom Unternehmertum in derselben Zeit am tollsten gegen die Arbeiterorganisation gewütet wurde. So beschloßen die Bäckermeister auf ihrem Züningsverbandstag in einer Resolution, die Regierung zu ersuchen, daß das Streikverbot aufgehoben und der Gehalt durch Gesetz verboten werden soll. In diesen Bestrebungen werden sie von der meistertreuen Schutzgarde — den Gelben — tatkräftig unterstützt. Es wurden 155 Lohnkämpfe geführt, die sich auf 285 Orte mit 6755 Betrieben und 21 758 darin beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen erstreckten; an den Kämpfen beteiligt waren 19 893 Personen. Eine Ausperrung wurde abgewehrt, der Unternehmer mußte sich zur Anerkennung des Koalitionsrechtes beugen. Als Erfolge sind anzuführen: die Verkürzung der Arbeitszeit für 10 380 Personen um wöchentlich 50 356 Stunden oder im Durchschnitt pro Beteiligten um 5 Stunden in der Woche. Die Lohnerhöhungen betragen für 16 985 Personen pro Woche 29 529 Mk. oder im Durchschnitt 1,70 Mk. wöchentlich für den Beteiligten. Die Bezahlung der Nebenstunden oder eine höhere Bezahlung erhielten 15 087 und die Bezahlung der Sonntagsarbeit 4750 Personen. 8851 Personen errangen sonstige Vorteile, für 1601 Personen wurde der Meist- und Leistungslohn vereinbart; 6239 Beteiligten erhielten Ferien. Trotzdem sich die Unternehmerorganisationen prinzipiell gegen die Tarifverträge auf ihren Forderungen aussprechen, konnte der Preis der unter vertraglichen Bestimmungen Beschäftigten ganz bedeutend erweitert werden. Es wurden 112 Tarife für 10 436 Personen abgeschlossen. Mit diesen Erträgen hat die Organisation den Beweis geliefert, daß alle reaktionären Bestrebungen der Unternehmer und ihrer gelben Schutzingen nicht imstande sind, die Bewegung aufzuhalten.

Glend im schwarzen Rod. Der Verband der Bureauangestellten hat kürzlich eine Statistik über die Anstellungsverhältnisse seiner Mitglieder veröffentlicht. Die Erhebung umfaßt 1973 Betriebe mit 7321 Angestellten, von denen 1087 weiblichen Geschlechts waren. Insgesamt dürften in Deutschland 8000 Bureau mit 30 000 Angestellten vorhanden sein. Die Erhebung zeigt das traurige Ergebnis, daß im Bureauangestelltenberufe eine Verfallungsstadien schlimmer Art herrscht. Nicht weniger als 2649 (gleich 36 Proz.) aller Angestellten waren Lehrlinge. Weitere 2045 Personen (gleich 40 Proz. aller) waren Gehilfen und 1727 (gleich 24 Proz.) Bureauvorarbeiter. Nur 15,3 Proz. der Angestellten war über 30 Jahre alt, woraus hervorgeht, daß die älteren Leute gezwungen sind, sich eine lobnenderere Beschäftigung zu suchen. Die Gehaltsverhältnisse der von der Statistik erfaßten 7321 Personen waren äußerst traurige. Das Gehalt betrug für 3465 Personen, 47,1 Proz., unter 50 Mk.; 1842 Personen, 25,1 Proz., 51-100 Mk.; 1170 Personen, 16,0 Proz., 101-150 Mk.; 578 Personen, 7,9 Proz., 151-200 Mk.; 266 Personen, 3,7 Proz., über 200 Mk. Die Arbeitszeit beträgt für 36 Proz. der erfaßten Personen 8 Stunden täglich, für 43 Proz. 9 Stunden, für den Rest mehr. Sonntagsarbeit hatten 15,5 Proz. zu leisten. Beachtend ist es auch, daß 48,8 Proz. der männlichen und 43,7 Proz. der weiblichen Personen weniger als ein Jahr in der gegenwärtigen Stellung beschäftigt waren. Die Bureauangestellten, die sich oft für etwas Besseres als „gewöhnliche“ Proletariat halten, können sich aus ihrer elenden Lage nur durch die Erkenntnis befreien, daß auch für sie das Heil im gewerkschaftlichen Zusammenschluß mit ihren Berufsgenossen liegt.

• Rundschau •

Das Reichstagswahlergebnis, wie es ist, und wie es sein sollte. Die letzte Sidwahl ist vorüber und wir wissen nun, wie sich der nächste Reichstag — etwaige nachträgliche Korrekturen der Wahlergebnisse vorbehalten — zusammensehen wird. Das hervorsteckendste Ergebnis der jüngsten Reichstagswahl ist der „Rud nach links“. Das Scheitern der schwarzblauen Majorität ist in die Volksstimmkraft befördert und eine, allerdings nur wenige Stimmen starke Abwehrmajorität gegen allzu reaktionäre Angriffe auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, auf die freiheitliche und soziale Fortwärtsentwicklung geschaffen. Diese Majorität wurde freilich bedeutend stärker sein, wenn nicht unsere berückichtigte Wahlkreisgeometrie den reaktionären Parteien einen weit über ihre Stim-

zahl hinausgehenden Einfluß auch im neuen Reichstag verschafft hätte. Wir geben im nachstehenden eine Berechnung, aus der hervorgeht, wieviel Mandate jeder Partei bei einer gerechten Wahlkreis-einteilung resp. bei dem Proportionalwahlsystem hätten zu-fallen müssen und wieviel sie tatsächlich erhalten hat.

Parteien	Bei der Haupt-wahl erhaltenen Stimmen	Entsprechende Zahl von Mandaten	Er-rungene Mandate	Subiel (+) bzw. (—)
<b>Rechts:</b>				
Konservative . . . . .	1 129 274	87	42	+ 5
Reichspartei . . . . .	370 387	12	14	+ 2
Zentrum . . . . .	2 035 290	67	98	+ 28
<b>Wirtschaftl. Vereinigung und Antisemiten . . . . .</b>				
Polen . . . . .	350 375	12	13	+ 1
Welsch . . . . .	441 736	14	18	+ 4
Chärier . . . . .	90 607	3	5	+ 2
Chärier . . . . .	68 565	2	2	+ 0
Lothringer . . . . .	36 356	1	1	+ 0
Dänen . . . . .	17 289	0	1	+ 1
Wilde . . . . .	48 638	2	2	+ 0
<b>Zusammen</b>	<b>4 594 517</b>	<b>150</b>	<b>195</b>	<b>+ 45</b>
<b>Links:</b>				
Sozialdemokraten . . . . .	4 250 329	189	110	- 79
Nationalliberale . . . . .	1 672 619	54	44	- 10
Fortschritt. Volkspartei . . . . .	1 558 330	51	48	- 3
Bauernbund . . . . .	29 148	1	2	+ 1
Bayerischer Bauernbund . . . . .	48 219	2	3	+ 1
<b>Zusammen</b>	<b>7 558 645</b>	<b>247</b>	<b>202</b>	<b>- 45</b>

Bei dieser Aufstellung haben wir Welsch, Chärier, Lothringer, Dänen und Wilde der Rechten zugerechnet, obwohl nicht gesagt ist, daß die betreffenden Abgeordneten unter allen Umständen die Politik der Rechten unterstützen werden. Wie aus den gegebenen Zahlen ersichtlich, haben auch diesmal wieder die Sozialdemokraten am meisten unter der ungerechten Wahlkreis-einteilung zu leiden gehabt: Diese Partei, die allein nahezu ebenso stark ist wie die gesamte Rechte, hat statt 139 nur 110 Sitze, also 29 zu wenig erhalten. Die Nationalliberalen sind um 10 Sitze, die Fortschrittler und Demokraten um 8 zu kurz gekommen. Insgesamt erscheint die Linke mit 46 Mandaten weniger auf dem Plan, als sie zu beanspruchen hätte. Der Hauptmangel der gegenwärtigen Einteilung ist das Zentrum, das 26 Plätze zuviel erhalten hat und, obwohl es nicht halb so viel Stimmen aufgebracht hat wie die Sozialdemokratie, doch sechs Siebentel soviel Mandate ergattert hat. Auch die Konservativen, die Reichspartei, die Polen und die Welsch haben ein gutes Geschick gemacht. Insgesamt hat die Linke 45 Mandate mehr erhalten, als ihr auf Grund ihrer Stimmenzahl zufalle. Die Majorität der Linken wäre also um 29 Mandat größer, d. h. würde statt 7 Stimmen 52 Stimmen betragen, wenn wir wirklich das gleiche Wahlrecht hätten. Eine der Aufgaben der neuen Linken im Reichstage wird es sein, dieses verhältnismäßige Recht endlich zur Tatsache werden zu lassen.

**Auch eine Wahlbetrachtung.** Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ ist dafür bekannt, daß sie kein Blatt vor den Mund nimmt. Sie ist im gewöhnlichen Sinne mit dem Janusdäuer Elard v. Döberlein zu vergleichen, der zur Volksaufklärung nicht unersichtlich beigetragen hat, indem er die Mägen und Füden des Zunfttums in unbedenklichen Momenten aufdeckte. Die „Arbeiterzeitung“ hohlet ebenfalls über den Ausfall der Wahlen und lehrte u. a. folgende Paraphrase: „Schon heute wissen wir, daß von der so feinhlich erörterten Vernehmung des Sautes der Arbeitswilligen keine Rede mehr sein wird. Die „Morde. Allgem. Bzg.“ hat die Erklärung abge-gaben, daß die Berliner Regierung „gegen Ausnahmengesetze“ sei. Nur ist ein recht bedenkliches Symptom friedvollen Eingewöhnens in die neugeschaffene politische Situation! Kein vernünftiger Mensch wird zu behaupten imstande sein, daß eine Maßnahme zur Verhütung von eskalierenden Rechtsverletzungen, wie sie aus der unbedenklichen Fassung der Koalitionsfreiheit behandelnden Bestimmungen der Reichsverordnung sich ergeben haben, etwa als „Ausnahmengesetz“ anzusehen sind. Dann wäre ja auch das Dummheitsgesetz, wären der Zusatzparagraph und das Wüchergesetz, die alle erst auf Grund der Unzulänglichkeit der bis dahin be-stehenden Rechtsnormen erlassen worden sind, als „Ausnahmengesetze“ zu kennzeichnen. Aber es ist völlig unnötig, sich mit solchen Begriffsdefinitionen überhaupt abzugeben; der zitierte offiziöse Einwand ist eben lediglich als Auslegung des „Ausnahmengesetzes“ anzusehen, sich von vornherein in die kommende Ära einer Po-litik der Konzeptionen gegenüber der Koalitionspartei (Sozialdemokratie, die Mod.) einzulernen, die uns noch dann andere Maßnahmen bescheiden wird, als etwa die belächelte Preisgabe des Reiches der sozialpolitisch Schwächeren auf die Ausbuchtung ihrer Interessen gegenüber den sozialpolitisch Stärkeren, nämlich den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Die Etablierung der sozialdemokratischen Reaktion als „wahngewöhnliche“ Maßnahme der Gesetzgebung wird des ferneren auch der weiteren Vernehmung ihres Einflusses auf die breite Masse um so mehr zum Vorteil gereichen, als die mit ihrer Hilfe bewirkte Konstitution neuer sozialpolitischer Gesetze jeder Art der sozialdemokratischen Klientel den denkbar

besten Beweis dafür liefert, daß sie ihre Sache guten Händen an-vertreut hat. Welchem Ziele eine solche Entwicklung schließlich zu-steuern muß, wenn derart die Herrschaft der Rechten erst unter freundwilliger Duldung der leitenden Kreise vollkommen stabilisiert worden ist, das mag dahingestellt bleiben. Eine Verwen-dung wie die sozialdemokratische ist nur dann denkbar, wenn sie vorwärts schreitet. So ist auch vorauszusetzen, daß man sich sehr bald mit den von Herrn Staatsk. vorgesehene „Konzeptionen“ nicht mehr begnügen, sondern den Rest des beanspruchten Guthabens unweigerlich kündigen wird. Mehr wie fraglich ist es allerdings, ob die alsdann nicht mehr zu hinterziehende Katastrophe von denen überhaupt noch zu überleben ist, die ihr bei einiger redyt-zentlicher Entschlossenheit, vielleicht nicht ohne Mühen und Opfer, sonder Zweifel, aber mit der Anwartschaft auf sicheres Gelingen hätten gegenüberstehen können. Der rechte Augenblick wird verpaßt; das ist die Quintessenz dessen, was uns der Rückblick auf die jüngste Vergangenheit lehrt. Weder die bürger-lichen Parteien noch die Regierungen haben dessen acht gehabt, was uns die Entwicklungsziffern der sozialdemokratischen Bewe-gung in die Ohren klingen; haben Bedacht darauf genommen, daß sie sich dann, wenn es ihnen wirklich ernst um die Behauptung von der Unzerstörlichkeit der bestehenden Ordnung der Dinge war, schon längst mit aller Kraft für die geeinte Verämpfung des Bestrebens einsetzen mußten, die breite Masse von der Störfähigkeit und Sieg-haftigkeit der sozialdemokratischen Idee zu überzeugen. So ward das aus großer Zeit überkommene Erbe von den Nachfahren schmäh-lich verban. Wohl mag es einem wirklich Großen, der aus unjeren Reihen vielleicht noch einmal erticht, schließlich gelingen, das manende Gebäude vor dem völligen Zusammensturz zu bewahren. Aber es ist ein schlimmes Ding, auf solche unsichere Erwartung das Schicksal der Nation zu gründen. Und ist es wahr, daß jeder Schuld einmal die entsprechende Sühne folgt, dann harret unser bis zum Erscheinen des zu erhoffenden Retters jedenfalls ein Geschick, um das uns die Nachwelt nicht beneiden wird! — Der „starke Mann“, den die „Arbeiterzeitung“ erhofft, würde dem Don Quichotte verzwweifelt ähnlich sehen, der bekanntlich gegen Wind-mühlen zu Felde zog und elend umkam. Die Feinde der Arbeiter sind tief betrübt, wir spenden ihnen unser Beileid!

**Die Gefährdung des Koalitionsrechtes.** Wo sich Gelegenheit bietet, der vorwärtsdringenden Arbeiterbewegung Fesseln anzulegen, dürfen auch die Regierungsdarsteller der hamburgischen Freierstadrepublik nicht fehlen. Es wäre auch noch schöner, wenn sie anderen die zu „erwartenden Vorbeeren“ für Abschneidung des Koalitionsrechtes allein überlassen sollten. Deshalb wurde schließ-lich ein Antrag in der hamburgischen Bürgerschaft eingebracht, nach welchem der Senat ersucht werden soll, im Bundesrat die in Aus-sicht gestellten Anträge der sächsischen Regierung zu unterstügen, die einen beherrschten Schutz der Streikbrecher bezwecken. Insbesondere soll auf ein Verbot des Streikpostennehmens hingewirkt werden. Am 10. und 17. Januar wurde darüber verhandelt. Der Vorsitzende Sieverts aus Vergebens begründete den Antrag, wobei er in beweglichen Tönen über den Organisationszwang der Gewerkschaften und das Streikpostennehmen klagte, das er mit dem Kontrakt des Mittelalters verglich. Dr. Wüchergesetz von der liberalen Vereinigung trat ihm entgegen, beantragte Abschaffung des Schwarzmarktantrages und verlangte, daß der Senat im Bundesrat für bessere Ausgespal-tung der gewerkschaftlichen Einigungsämter sowie des Tarifvertrags-wesens eintrete. Davon wollte selbstverständlich der national-liberale Bürgermeister Dr. Wüchergesetz nichts wissen. Er tutele vielmehr in das Horn des Herrn Sieverts. Den Genossen Pöplow und Tölkten blieb es vorbehalten, die Schwarzmarktan-träge zu zerplüden. Sie legten klar, daß das Verbot des Streik-postennehmens nichts anderes als ein Angriff auf die Koalitions-freiheit und das Streikrecht bedeute. Das werde aber nicht etwa eine Abschwächung der Gegenläufigkeit im Kampfe bewirken, sondern im Gegenteil eine Verhärtung herbeiführen. Insbesondere würden harte Strafen nur noch größere Erbitterung in den Reihen der Arbeiter hervorrufen. Einem stürmischen Charakter nahm die Diskussion an, als Genosse Stolten den Epich umdrehte und die Herren Unternehmer daran erinnerte, daß es erst die Aus-sperrungstaktik des organisierten Unternehmertums gewesen sei, die die riesigen gewerkschaftlichen Kämpfe zeitigt hätten. Für sich verlangen die Arbeiter das Koalitionsrecht; sie schrecken nicht davor zurück, mit Hilfe von Materialisierern Abtrünnige aus ihren eigenen Reihen in die Organisation zu zwingen; sie scheuen ferner nicht davor zurück, durch schwarze Listen die streikenden Arbeiter und auch die Angestellten hilflos zu machen. Seien in bezug dar-auf schon jetzt Richter und Staatsanwälte für die Unternehmer ein-gesammet, so solle in Zukunft noch die Unterdrückung der Arbeiter gesetzlich sanktioniert werden. Schließlich wurde der Antrag in namenhafter Abstimmung mit 52 gegen 41 Stimmen angenommen. Der Antrag Dr. Wüchergesetz wurde gegen die Stimmen der Vereinigten Liberalen und der Sozialdemokraten abgelehnt. Gleichzeitig mit diesem hamburgischen Beschluß ging die Nachricht durch die Presse, daß dem neuen Reichstage alsbald ein Gesetzesentwurf zum Schutz der Arbeiter gegen den Streikterrorismus vorgelegt werden sollte. Die „Morde. Allgem. Bzg.“ ist halbamtlich dieser Notiz allerdings entgegengetreten. Sie beruft sich darauf, daß Fürst Bülow,

**Vethmann Hollweg** und der Staatssekretär **Delbrück** wiederholt im Reichstage erklärt haben, daß Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterkassen nicht geplant seien; die Frage des „Arbeitswilligenbuches“ solle vielmehr bei der Reform des Strafgesetzbuches geprüft werden. — Vorläufig muß abgewartet werden, wie sich die Dinge noch gestalten. Die organisierte Arbeiterkassen wird rechtzeitig auf dem Plan erscheinen, um Einschränkungen des Koalitionsrechtes zu verhindern!

**Der Schnapskonsum.** Eine der schmerzlichsten Erscheinungen für unsere Leben junger ist der Rückgang des Schnapskonsums. Das trifft die Edeltönen der Nation an ihrer empfindlichsten Stelle, nämlich am Portemonnaie. Je geringer der Konsum — um so geringer die Liebesgabe! Und in den letzten Monaten ist der Verbrauch wiederum gesunken. Dabei auch das Wachstum im Schnapslokal über die schlimmen Zeiten. Im Dezember 1911 sind nur noch 180 926 Hektoliter nach der Versteuerung in den freien Verkehr gelangt gegen 184 229 Hektoliter im Dezember vorigen Jahres. Gesamtzeugung und Trinkverbrauch in den letzten drei Monaten der aufgeführten Jahre geben folgendes Bild:

	1907	1908	1909	1910	1911
Trinkverbrauch . . . . .	1247	1452	1147	1029	937
Erzeugung . . . . .	644	657	419	530	523

Eine sehr starke Vorverföhrung im Sommer 1909 ließ die Menge der im letzten Quartal in den Verbrauch überführten Quantität ungewöhnlich zurückgehen; im nächsten Herbst war der Ausgleich hergestellt. Das von dem Handel übernommene Quantum ersprach dem wirklichen Konsum, der im vorigen Jahre nur wiederum gesunken ist. Aber er muß weiter sinken, um die Liebesgabe illusorisch zu machen. Einmal ist die Regierung den armen Schnapsjunkern schon hilfreich beigesprungen, indem sie das Kontingent von 2 1/2 Millionen Hektoliter auf 1,8 Millionen Hektoliter heruntergesetzt hat. Die Schnapsparatisten müssen in der Zukunft doch noch um die Liebesgabe geprellt werden, die sie nun schon jahrzehntelang den Schnapsrinkern aus der Tasche stiehlt haben. Der Verbrauch muß noch weiter unter das Kontingent hinabsinken. Dazu ist aber unbedingt notwendig, daß die Konsumenten sich des verwerflichen Schnapsgenusses noch mehr wie bisher enthalten.

**Hundertmillionen-Unternehmungen.** Das sechzehnte deutsche Hundertmillionen-Unternehmen wurde geboren! Es ist der **Warmer Bankverein**, er erhöht sein Aktienkapital um 25 auf 100 Millionen Mark. Als ihm nächstehendes Institut ist die **Disconto-Gesellschaft**, die 200 Millionen Mark Aktienkapital besitzt, zu betrachten. In Deutschland zählt man nach dem „Vorwärts“ vom 13. Dezember 1911 folgende Hundertmillionen-Unternehmen:

	200	100	100	100	100	100	100	100	100
Deutsche Bank . . . . .	200	Friedr. Krupp	100	100	100	100	100	100	100
Preuss. Bank . . . . .	200	Weltlich-Kemper Bergw.-A.-G.	100	100	100	100	100	100	100
Disconto-Gesellschaft . . . . .	200	Phosph.	100	100	100	100	100	100	100
Reichsbank . . . . .	180	Deuts. Luth.-u. Bergw.-A.-G.	100	100	100	100	100	100	100
Darmstädter Bank . . . . .	160	Hamburg.-Amerika-Linie	100	100	100	100	100	100	100
Schaaffhausen'scher Bankverein . . . . .	145	R.-d.-deutscher Rhod.	100	100	100	100	100	100	100
Berliner Handelsgesellschaft . . . . .	110	Große Berliner Straßenbahn	100	100	100	100	100	100	100
Warmer Bankverein . . . . .	100	Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft	100	100	100	100	100	100	100

**Maßnahmen von Industriellen gegen die Lebensmittelteuerung.** Die „Deutsche Industrie-Zeitung“ hat während der Teuerung geschrieben: „Es müssen Verbrauchsgenossenschaften gebildet werden, um die notwendigen Nahrungsmittel, wie namentlich Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Reis, Getreide, in Massen aufs preiswürdig zu beziehen und deren unangemessene Vertenerung durch den Großhandel zu verhindern.“ Das Blatt empfahl dem den Großhändlern der Industrie, den Massenbezug von Nahrungsmitteln mehr als bisher zu pflegen. Jetzt berichtet die „Deutsche Industrie-Zeitung“ darüber, in welchem Maße die Industrie bemüht war, ihren Arbeitern Erleichterungen von den Schäden der Teuerung zu verschaffen.“ Sie stützt sich dabei auf das Resultat einer Umfrage des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Da das Fleisch nicht oder nur unwesentlich im Preise gestiegen sei, habe es sich bei den Hilfsaktionen der Industriellen vornehmlich um die Lieferung von Kartoffeln gehandelt. Mohl, Hülsenfrüchte, Äpfel, Äpfel und Kohlen seien ebenfalls in Massen von industriellen Werken bezogen worden. Wie die „Deutsche Industrie-Zeitung“ nun die gesamten Hilfsaktionen überblickt, ist sie mit den Resultaten sehr unzufrieden. Die Industriellen sollen zum großen Teil recht schlechte Erfahrungen gemacht haben. Ihr gutes Herz wurde oftmals bitter verkannt. Ein bedeutender Verband der Industriellen schreibt, daß der Massenbezug von Lebensmitteln und die Verteilung derselben schwierig sei, schon wegen der Arbeiterfragen, die es vielfach ließen, zu dem Einkauf in die Stadt zu gehen und sich ihre Bezugsquellen selbst zu wählen.“ Eine andere Stelle antwortet, daß die Teuerungsklage fast übertrieben werde. Die Teuerung erfolge oft durch Spekulation und Zwischenhandel.“ Zu beobachten sei auch, daß die Verkäufe von Kartoffeln, Äpfeln usw. durch Gemeinde und Werke vielfach nicht den erwarteten Zuspruch fanden. In Brandenburg habe man festgestellt, daß von 183 Zentnern Kartoffeln, die

zunächst für 3 Mk., dann für 2,80 Mk. verkauft wurden, nur sechs Zentner Abnehmer fanden.“ Die kleinen Leute bemängeln die Güte der Kartoffeln sehr stark; in einer sozialdemokratischen Versammlung stieg diese Bemängelung ins Maßlose, obwohl dieselbe Kartoffel auf den Tisch angelegener Familien der Stadt kommt, gern gegessen und für vollkommen gut befunden wird. Schlimmlich und noch schlimmer ging es mit Seefischen und Milch. Der Magistrat der Stadt Braunschweig sei zu der Ansicht gelangt, daß ein fühlbarer Mangel in der unermittelten Bevölkerung der Stadt nicht vorhanden sei. Er habe nicht annehmen können, daß die Arbeiterbevölkerung so verwöhnt sei.“ Ueber alle diese bitteren Erfahrungen leidet Ratlosigkeit bei der „Deutschen Industrie-Zeitung“ ein. „Jedenfalls“, bemerkt sie melancholisch, „ermutigende Erfahrungen nicht zu selbstlosen weiteren Anstrengungen und solche Erfahrungen öffentlich Stellen und der Privatindustrie, die vorbandene Teuerung den Arbeitern zu mildern.“ Was die selbstlosen Anstrengungen der Privatindustrie angeht, so ist zu bemerken, daß angeleitete Konsumvereine besser in der Lage sind, das Gleichgewicht des durch die Teuerung ins Schwanken geratenen Arbeiterhaushaltsbudgets wieder herzustellen. Man überlasse es den Arbeitern industrieller Betriebe, die fraglichen Angelegenheiten selbst zu regeln, dann wird die private Wohltätigkeit keine Enttäuschungen erleben. Gewährt man dann noch den Konsumvereinen die Anerkennung, daß sie gemeinnützige Bestrebungen verfolgen, beobachtet man zum Beispiel volle Parität bei der Gewährung von Nachtermäßigungen in Teuerungzeiten, so wird private Wohltätigkeit kaum ein Betätigungsfeld finden.

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

Die Neue Zeit, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: J. S. B. Dieck Nachf. in Zittau. Heft 16 und 17 vom 30. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: J. S. B. Dieck Nachf. in Zittau. Nummer 9 des 21. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 33 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk.

Der Wahre Jacob, Erscheint alle 14 Tage. Verlag: J. S. B. Dieck Nachf. in Zittau. (Nr. 3.) Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 6 Pf.

Der 8. internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1910, herausgegeben vom internationalen Sekretär, ist schon erschienen. Der Preis der Zeitschrift beträgt im Buchhandel pro Exemplar 1,50 Mk. Gewerkschaftsmittglieder erhalten sie zum Preise von 0,70 Mk. pro Exemplar, wenn die Lieferung direkt beim Verlag der General-Kommission: S. Aube, Berlin ZC. 16, Engelauer 15, erfolgt. In denselben Preise sind auch noch erhältlich die ersten sieben internationalen Berichte für 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908 und 1909.

◆ **Briefkasten** ◆

K. Freiburg i. N. Jahresbericht war bereits von anderer Seite eingegangen und fertiggedruckt. Vielen Dank!

**Filiale Bayreuth.**

Am 10. Februar findet unsere

**Mitglieder-Versammlung**

statt. Genosse Trautner referiert über: „Die neue Reicherversicherungsordnung.“

Kollegen! Erscheint alle, denn es ist von großer Bedeutung für uns. Die weitere Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Versammlung findet bei Frau Witwe Emma Dieck-Verwaltung.

**Totenliste des Verbandes.**

<b>Johann Prell, Nürnberg</b> Arbeiter, der Stadtgärtner † 18. 1. 1912, 68 Jahre alt.	<b>Emil Bokhold, Hamburg</b> Zerfleger † 23. 1. 1912, 61 Jahre alt.
<b>Gust. Höpner, Hamb.-Koch.</b> Kochbau † 18. 1. 1912, 49 Jahre alt.	<b>Wilh. Stüring, Bremen</b> Arbeiter (Zahnreinigung) † 28. 1. 1912, 39 Jahre alt.
<b>Emil Schröder, Hamburg</b> Wahlmeisterei-Gewerke † 23. 1. 1912, 35 Jahre alt.	<b>Friedrich Kälig, Dresden</b> Arbeiter (Zerfleger) † 24. 1. 1912, 69 Jahre alt.

Chre ihrem Andenken!